

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Zach-Stein Hannover Nr. 576 13
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wollfr. 65

Abonnementpreis d. Voten Vierteljahr. 3.— MR., d. die Post 1,60 MR. Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: G. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wismelhauser Straße 38 42

Telephon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Hfberband-Bochum

Sozialreaktionär Borsig.

Wir hatten in Nr. 25 der „Bergarb.-Ztg.“ Notiz genommen von einer Rede, die Herr von Borsig, Vorsitzender der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, über Fragen der Sozialpolitik gehalten hatte. Die harten Urteile der Presse haben Herrn v. Borsig nicht gefallen. Er versendet deshalb eine Jubiläumsnummer der „Borsig-Zeitung“, in der er seinen Vortrag „größtenteils“ wörtlich zum Abdruck bringt. Ob es wörtlich daselbe ist, was er damals im Vortrag sagte, können wir nicht nachprüfen, aber auch nach dem Wortlaut in der „Borsig-Zeitung“ ist und bleibt Herr v. Borsig Sozialreaktionär!

Herr v. Borsig wollte sich in seinem Vortrag wenden gegen eine Ueberspannung der sozialpolitischen Fürsorge des Staates für einzelne Personen oder ganze Volksschichten und gegen die zu weitgehende, aus sozialen Erwägungen veranlaßte Einmischung des Staates in die Wirtschaft. Für Sozialreform, für die Fürsorge des Staates usw. für diejenigen, die krank, erwerbslos, arbeitsunfähig werden usw., ist auch Herr von Borsig. Er will aber nur reden über das Ausmaß von Sozialreform, wobei man „sehr warm fühlen“ könne, aber „sehr kühl denken“ müsse. Wir bestätigen dem Vorsitzenden der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, daß er sehr kühl, um nicht zu sagen „faltchnäuzig“ über Fragen der Sozialpolitik denkt. Herr v. Borsig behauptet, daß dieses kühle Denken „wirtschaftlich“ sei. Privatwirtschaftlich, vom Interesse und zum Nutzen des einzelnen Kapitalisten gesehen, mag es sein, aber so sein, volkswirtschaftlich, wirtschaftlich schlechthin ist es nicht. Die beste Sozialpolitik ist auf die Dauer die beste Wirtschaftlichkeit.

Herr v. Borsig überseht das Märchen von Robinson dem Kapitalisten ins Moderne, indem er ausgeht von einem auf einsamer Insel arbeitenden Mann, der zugrunde gehen müsse, wenn er nicht so viel erzeuge, wie er verbrauche. So müsse auch heute jeder so viel erzeugen, wenn ihm nicht Familie, Gemeinde, Staat von ihrem Ueberfluß mitgäben. Die soziale Betrachtungsweise der Lohnfrage gehe davon aus, daß jeder Mensch in der Lage sein solle, sein Brot zu verdienen. Es sei aber die Frage, ob das letztere nicht oft an unabänderlichen wirtschaftlichen Tatsachen scheitere.

Natürlich tritt v. Borsig für die Akkordarbeit ein, gibt sich aber auch mit einem Stundenlohnsystem zufrieden, wenn die „Stundenleistung des Arbeiters genau kontrolliert“ ist.

„Denn wenn der Akkordarbeiter weniger leistet, so verdient er weniger, und wenn der eben erwähnten Stundenarbeiter weniger leistet, so verliert er seine Arbeitsstelle.“

Tariflöhne sind v. Borsig ein Greuel, da sie zu Gleichmacherei führten, während möglichst große Unterschiede zwischen dem Lohn der hochwertigen und der weniger wertvollen Arbeiter wünschenswert seien. Dem Unternehmer stehe ein bestimmter Fonds für Löhne zur Verfügung.

„Wenn er auf der einen Seite den weniger wertvollen Arbeiter entsprechend seiner Leistung geringer bezahlen kann, so wird er auf der anderen Seite sich leichter entschließen, den hochwertigen Arbeiter entsprechend seiner größeren Leistungsfähigkeit erheblich besser zu bezahlen. Wird der Arbeitgeber aber z. B. durch einen Tarifvertrag gezwungen, auch dem weniger leistungsfähigen Arbeiter mehr zu zahlen, als diesem nach seiner Leistung eigentlich zuzukommen, so steht ihm eben dieses Geld, wenn er dem höherwertigen Arbeiter entsprechend höhere Bezahlung geben will.“

Es ist charakteristisch, wie schwer manche Unternehmer sich neueren Entwicklungen anpassen können. Die alte Lohnfondstheorie gehört ad acta gelegt, sie will aber auch heute noch immer nachweisen, daß der Lohn seine „natürlichen“ Grenzen dort habe, wo es jeweils dem Unternehmer paßt. Auch Herr v. Borsig wird noch begreifen lernen, daß auch der Lohn ein Resultat ist, das im Kampf der Klassen durchgesetzt wird. Er wird daraus lernen müssen, daß Tariflöhne Mindestlöhne sind und es dem Unternehmer nicht nur freisteht, sondern daß von ihm erwartet wird, daß er leistungsfähige Arbeiter erheblich besser bezahlt.

Auch Gegner des Achtstundentages ist Herr v. Borsig. Es komme darauf an, was der Mensch „hinter sich gebracht“ habe, einerlei, ob er 6 oder 12 Stunden gearbeitet habe. Er will sich auf keine Zahl festlegen, aber wenn qualifizierte Arbeiter 8 oder 7 Stunden arbeiteten, warum sollten denn ungelernete, unqualifizierte nicht 10 und 12 arbeiten? Hier scheint es uns ähnlich wie mit dem Tariflohn: acht Stunden sollten Höchstarbeitszeit sein und die Arbeitszeit für qualifizierte, schwere, gesundheitschädliche Arbeit sollte darunter liegen! Die „Wirtschaft“ würde dies ertragen können, aber die Rückdämmung des kapitalistischen Mehrwerts, die damit verbunden wäre, macht die Geschichte schmerzhaft für die Unternehmer. Aber sie mit ihrem Geld und ihren Maschinen sind nicht „die Wirtschaft“, sondern das wird erst Wirtschaft, wenn die lebendige Menschenkraft die Apparatur in Bewegung setzt!

Herr v. Borsig will aber gegen langsam, ganz langsam sich entwickelnde Arbeitsverfälschung nichts sagen, nur plötzlich, gesellig soll man sie nicht verkürzen. Demgegenüber sagen wir: Die Arbeitszeit von 9, 10, 12 Stunden, zu denen oft noch Stunden Wege von und zur Arbeit kommen, ist unerträglich, ist Sklaverei, drückt den Menschen auf oder unter den Stand des Padesels, des Karrenhais, des Wüstenkamels herunter. Leider gibt es noch Millionen solcher Karrenhäule, Esel und Kamel, die sich Lasten aufladen lassen zum Zusammenbrechen, statt ihren Verstand zu gebrauchen, sich zu organisieren, die Staats- und Wirtschaftsmacht zu erobern und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen! Herr v. Borsig ist allerdings auch noch wie Bueck und Beumer anno 1896

Die grosse Einigkeit.

Von Wladimir Solobodnik.
Uebersagen von Victor Kalinowski.

Stark bin ich und breit. Vereint ist mein Atem mit dem Atem aller Menschen, Tiere, Bäume und Pflanzen. Ich baue Brücken. In meinen starken Händen ruht das Schnellen der Züge, das Schaukeln der mächtigen Dampfer. Nichts vermag zu neigen mein Haupt. Immer erhoben ist es wie hohen Gedanken zur Sonne hebender Kran! Mit allen bin ich. Mit mir sind alle. Ich singe, frohlocke, dass ich, stark sendend, mich nicht unterscheide von der Erde, von der ganzen gewaltigen Welt! Der Maurer und ich sind eins! Der Hammer und ich sind eins! Des Kreises Tod ist mein Tod. Des Kindes Geburt ist meine Geburt. O hohe Freude - Freude ewigen Codes und ewiger Geburt! Milliardenhändig - drücke ich mit machtvollen Händen aller Menschen Hände, die meine Hände sind. Geisselt im fernen Afrika der Henker einen Verdammten, erblühen meinem Leibe purpurne Streifen. Ist mein Herz traurig, ist traurig auch das Herz aller Völker, Würmer, Pflanzen, Fische und Vögel. O Einigkeit, du hohe und freudsame Einigkeit! Dir, Einigkeit, singe ich mit dem Munde der ganzen Welt!

besorgt, was wohl die Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit mit ihrer Freizeit machen! Er drückt das zwar vornehm aus: ob auch wohl „die große Masse der Menschen, wenn sie mit einem Male viel mehr Freizeit hat, den richtigen Gebrauch davon zu machen in der Lage ist.“

Es ist einfach toll, daß der erste Repräsentant der deutschen Unternehmer sich nicht scheut, die ältesten Ladenhüter der borniertesten Scharfmacher in einer programmatifischen Rede zu wiederholen!

Ein verelendeter, verzweifelter, alkoholisierte Arbeiter, der keinen Sonntagsanzug hat, wäre vielleicht so zu werten. Aber das sind doch erfreulicherweise Ausnahmen! Wie gern entflieht der moderne Arbeiter seiner engen Behausung, den engen Stadtmauern, um in der Natur neue Kraft zu sammeln. Wo nur nach 1918 die Arbeiter und Angestellten Gemeinde- und Stadterwartungen erobert haben, da sind Siedlungen, Volksparks, Lust- und Schwimmbäder, oft gegen bornierten Widerstand des „Bürgerturns“, entstanden und haben reichen Segen gestiftet. Aber der Arbeiter mit Freizeit ist gefährlich, denn er hat Zeit zum Denken!

Herr v. Borsig findet auch, daß die Arbeiter die Arbeit zu viel als Last, zu wenig als Freude empfinden, daß sie die Arbeitszeit gewissermaßen nicht zum Leben zählen. Wie soll es denn anders sein können unter einem System, das den Menschen nur als Arbeitstier, als Produktionsfaktor wertet? Laßt den Arbeiter und Angestellten mitbestimmen und mitverantworten in der Wirtschaft, dann kann Arbeit Freude werden. Aber auch dann wird der Menschengeist alles daran setzen, die Arbeitszeit möglichst kurz und die Freizeit möglichst lang zu machen!

Die Sozialversicherung ist natürlich auch ein Schmerzenskind v. Borsigs. Das Natürliche sollte es nach ihm sein, daß jeder Arbeiter soviel verdient, daß er sparen und mit dem Gesparten Zeiten der Krankheit, der Invalidität und die Zeit des Alters überstehen könne. Er sieht, daß er einer Bejeitigung der Sozialversicherung nicht das Wort reden kann, deshalb meint er „nur theoretisch“, daß man doch die heutigen Arbeiterbeitragsanteile „zum Lohn

schlagen“ könne und wenn dann der Arbeiter diesen Anteil spare, wären die Beträge noch größer wie die heutigen Mittel der Sozialversicherung, weil dann die Verwaltungskosten wegfiele.

Würde dann der Unternehmer, wenn wir keine Sozialversicherung hätten, entsprechend mehr Lohn zahlen und würde die Masse der Arbeiter diesen Betrag sparen können? Das erste würde nicht geschehen und auch das zweite nicht, weil ein solcher Lohnzuschlag an und für sich bitter notwendig wäre und zum Leben gebraucht würde. Die Segnungen der Solidarhaftung, wie sie in der Sozialversicherung liegen, überseht v. Borsig völlig.

Aber v. Borsig sagt auch wieder, daß erhöhtes Krankengeld erhöhtes Krankenfeiern, Abfindung von Unfallverletzten plötzliche Besserung herbeiführe usw. Sollen wir gegen diese oftmals ad absurdum geführten Ladenhüter, die nur ein ganz, ganz kleines Körnchen Wahrheit enthalten, polemisieren? Dann kommt die berühmte Stelle des Vortrags, die in der neuen Wiedergabe lautet:

„Es kann allerdings sein, daß ohne die vom Staat ausgeübte Fürsorge vielleicht 50 000 Menschen, die heute mit Hilfe dieser Fürsorge mit dem Leben fertig werden, zugrunde gehen. Es kann aber auch etwas ganz anderes eintreten, nämlich, daß 1- bis 5000 andere, schon an sich leistungsfähigere und lebenskräftigere Menschen bei dem Wegfall der ihnen heute aus der Sozialpolitik entstehenden Hemmungen der oben geschilderten Art ihre Fähigkeiten in solchem Maße entwickeln und ihre Leistungen dementsprechend in solchem Maße steigern könnten, daß sie zufolge ihrer erhöhten Leistungen und mit Hilfe der von ihnen geschaffenen größeren wirtschaftlichen Werte imstande wären, auch jene 50 000, die der Fürsorge bedürfen, mit durchzuschleppen.“

Wir nehmen an, daß diese Stelle ursprünglich anders, brutaler, gelaute hat und daß die Angriffe in der Presse Herrn v. Borsig zu einer neuen Formulierung veranlaßt haben, die wir als Gipfelpunkt kapitalistischer Irrsinns bezeichnen müssen. Welch tolle Annahme: 4000 bis 5000 Arbeiter befreit von den Hemmungen der Sozialpolitik und dadurch so leistungsfähig, so bezaht, daß sie 40 000 bis 50 000 andere, der Fürsorge Bedürftige mit durchschleppen können!

Wahrlich, Herr v. Borsig, diese Leistung genügt! Wir schenken Ihnen alles, was Sie noch über Erwerbslosenunterstützung usw. sagen. Die Arbeiter aber sind zu fragen: Seht ihr euch nach Zuständen, die unter dem Diktat von Unternehmern ala Borsig kommen müßten? Dabei kommt sich Herr v. Borsig noch als ein Fortschrittsmann vor!

Doch für solchen Fortschritt danken die Arbeiter, sie organisieren sich und erkämpfen sich Geltung in Wirtschaft und Staat!

Unternehmerurteil über Gewerkschaftserfolge. Und die Arbeiter?

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Erfolge teilweise von allen anderen Seiten eher anerkannt werden, als von den Arbeitern selbst. Der „Proletarier“ bringt in der Nr. 36 eine Auslassung des Syndikus der feuerfesten Industrie in Köln in der „Tonindustrie-Zeitung“. Besagter Syndikus, Dr. Heck, beurteilt die gewerkschaftliche Tätigkeit folgendermaßen:

„Außer dem Druck eines großen Arbeitslosenheeres beeinflussten das Leben der Gewerkschaften mannigfache soziale, wirtschaftliche und innergewerkschaftliche Probleme. Die gestiegene Bedeutung und der größere Einfluß der Gewerkschaften ist auf allen Gebieten augenfällig.“

Allein im verflossenen Jahre ist die innere Geschlossenheit der Gewerkschaften sehr gewachsen. Der Mitgliederbestand hat zugenommen und die Vermögensbestände der einzelnen Gewerkschaften sind zum Teil erheblich gestiegen. Die Konzentration der Gewerkschaften machte weitere Fortschritte. Es gelang ihnen trotz des ungeheuren Druckes auf dem Arbeitsmarkte, eine allgemeine Lohnsenkung zu verhindern. In der Arbeitszeitfrage konnten sie trotz der Kräfte erheblichen Boden zurückgewinnen.“

Dem halte man mal gegenüber, was man manchmal in Arbeiterversammlungen über die Erfolge der Gewerkschaften zu hören bekommt. Namentlich kommunistische Diskussionsredner tun sich in der Regel nicht genug darin, die gewerkschaftlichen Erfolge in Mißerfolge umzudeuten und die Tätigkeit der Gewerkschaften herunterzureißen. Es ist bedauerlich, daß selbst vernünftige Gewerkschaftskollegen solche Tiraden widerspruchslos über sich ergehen lassen. Unsere Gewerkschaftskollegen sollten sich lieber jene Urteile merken, die Unternehmervertreter in schwachen Stunden abgeben. Die Folge müßte sein, daß sie noch eifriger wie bisher für die Stärkung ihrer Organisation sorgen.

Ein Wirtschaftsriese.

Nach der Inflation trachten die Vertikalkonzerne Stinnes, Stumm usw. zusammen. Auf ihren Trümmern erhoben sich neue wirtschaftliche Großmächte, von denen die Vereinigten Stahlwerke A.-G. und die IG. Farbenindustrie A.-G. die mächtigsten und interessantesten sind. Rund 200 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt die Ver. Stahlwerke A.-G., an 300 000 dürften es sein mit den Betrieben und Abteilungen, die sie indirekt kontrolliert.

Der gewaltige Prozeß der Zusammenballung, wie er sich im Zuge des Rationalisierungsprozesses zeigt, wird einer interessanten Betrachtung unterzogen in einem soeben bei der Verlags-Gesellschaft des UDB, Berlin S. 14, Inselstr. 6, erschienenen Buche von Paul Ufermann: „Der deutsche Stahltrust“. (204 Seiten, viele Abbildungen. Preis in Leinen im Buchhandel 7 Mk.)

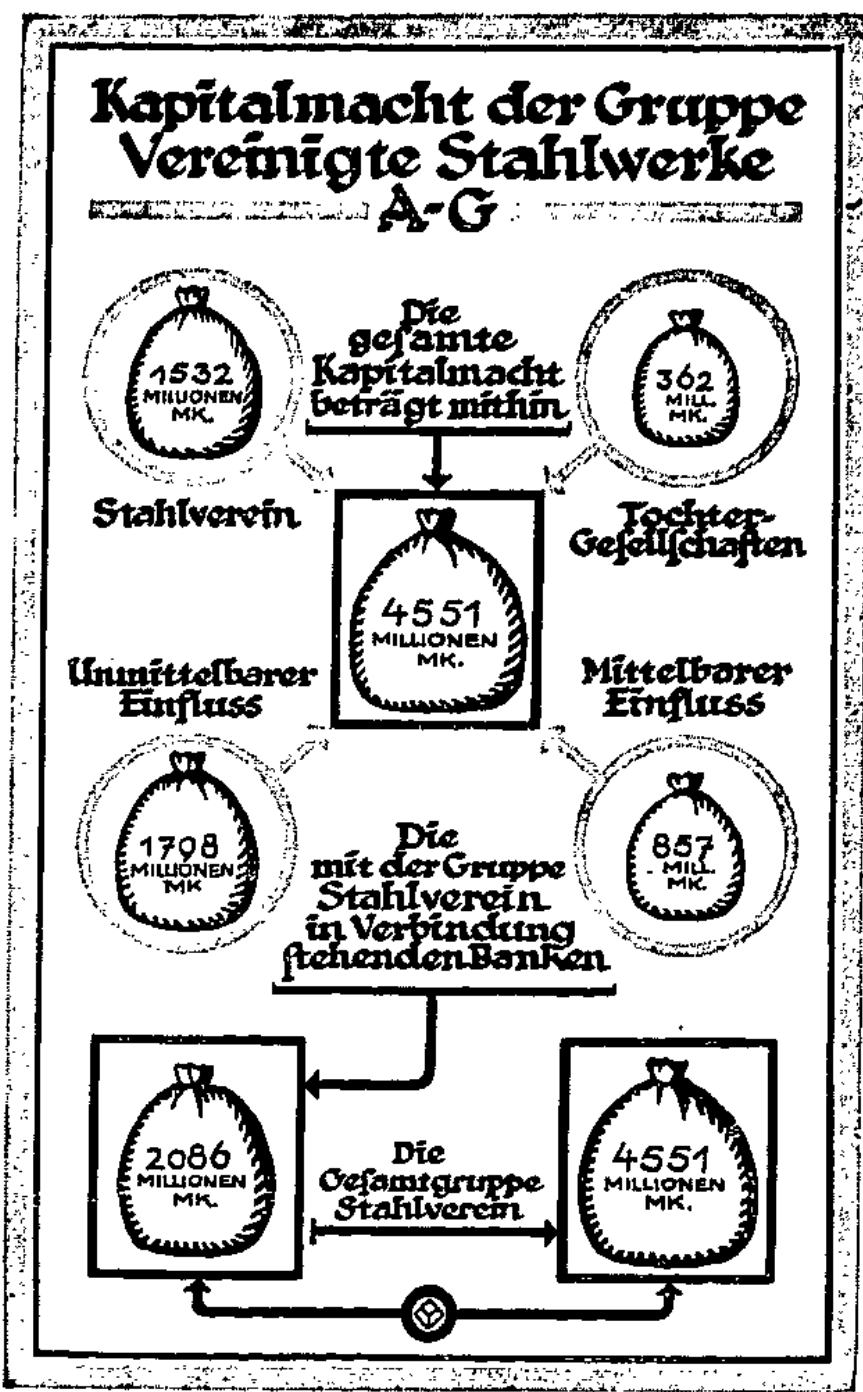
Filmartig läßt Ufermann zunächst die Entwicklung der Schwerindustrie des Ruhrgebiets an dem Leser vorüberziehen, zu der Otto Hue in seiner Geschichte „Die Bergarbeiter“ schon so packendes Material geliefert hat. Vor 100 Jahren noch lud der Rötter aus dem Ruhrort seine Pferde die Kohlenfässer auf den Rücken und transportierte sie zu den Schmelzen und Hämmeren des Bergischen Landes. Dampfstraft und Lokomotive brachten gewaltigen Umschwung. Was die Eisenbahn brauchte, konnte nicht mehr in Kleinbetrieben hergestellt werden und so entwickelten sich Bergbau und Eisenindustrie schnell. 1838 setzte Krupp seine erste Dampfmaschine in Betrieb, 1839 brachte der Urgroßvater der heutigen Stinnes den ersten Tiefbauschacht, Graf Beust, nieder, und in den 50er Jahren entstanden Phönix, Arenberg, Köln-Neuessen, Gutehoffnungshütte, Hibernia usw. In den 40er Jahren entfielen auf eine Reihe 8-10 Arbeiter; um 1830 wurden im Oberbergamtsbezirk Dortmund 200- bis 300 000 To. Kohle gefördert, um 1850: 1,5 Millionen Tonnen, von denen noch immer 70 Prozent auf kleine und kleinste Betriebe entfielen. 1852 entstand die Bank „Credit mobilier“ in Paris, an der auch die deutschen Finanzleute Mevius und Oppenheim beteiligt waren. Ihr folgten Darmstädter Bank, Schaaffhausen, Diskontogesellschaft usw., um dem Kapital- und Kreditbedarf der Industrie zu genügen. 1860 wurden 4 Mill., 1870: 12 Mill. Tonnen Kohlen gefördert. Der Bergbau verließ das Ruhrthal und zog sich mehr nach Norden, zur Emser und Lippe. Von 12 000 im Jahre 1850 stieg die Zahl der Bergleute auf 50 000 in 1870. 1860 wurden 0,4 Millionen Tonnen Roheisen erzeugt, 1870: 1,4 Mill. To. Von 1871 bis 1873 entstanden in der Bergwerks-, Hütten- und Maschinenindustrie 169 Aktiengesellschaften mit 561 Mill. Mk. Kapital. Anfangs der 90er Jahre wurden 37 Mill. To. Kohle gefördert, 1,5 Mill. To. Roheisen und 2 Mill. To. Thomasstahl produziert. 70 Zechen produzierten 1890: 4,5 Mill. Tonnen Koks.

Die Entwicklung der Kartelle im Bergbau bis zum jüngsten Kohlen Syndikat findet anschauliche Darstellung. Der neueste Stand wird durch anschauliche Zeichnungen dargestellt. Es folgt die Entwicklung der Kartelle für Eisen und Stahl, vom Verein zum Verkauf von Rassauflichem Roheisen bis zum Roheisenverband, dem Weißblechkontor in Köln 1862 bis zum Stahlwerksverband. Dem letzteren folgte 1924 die Rohstahlgemeinschaft, die die Erzeugung kontingentierte, eine künstliche Verknappung herbeiführte und die Preise „regelte“. Von der Beteiligung von 13,432 Millionen Tonnen erfaßt die Ver. Stahlwerke A.-G. 6,85 Millionen, Krupp, Gutehoffnungshütte, Klöckner und Funkhofsman über 4 Millionen Tonnen.

Einen breiten Raum nimmt dann die Schilderung der Gründergesellschaften des Stahltrusts ein: Rhein-Elbe-Phönix; Thyssen und Rheinische Stahlwerke. Der finanzielle Aufbau des Trusts wird dargestellt, sodann sein und der Tochtergesellschaften technischer Aufbau. Die Handelsorganisation erfährt eingehende Darstellung, ebenso die wichtige Schrotterzeugung und der Schrotthandel.

Nicht uninteressant ist das Kapitel „Der Stahltrust und die fertigverarbeitende Indu-

strrie“, wo der Einfluß der Rohstoffbetriebe auf die Fertigverarbeitung gezeigt wird. Durch die Verbindungen mit Tochter- und Zwischengesellschaften reicht die Macht dieses Trusts bis nach Oberschlesien hinüber, ja bis weit in die polnische Industrie hinein. Die Ausstrahlung des Stahlvereins nach dem Ausland findet ihre Schilderung in dem Kapitel „Ausländische Stützpunkte und Verbindungen“. Wir lernen hier interessante Zusammenhänge kennen über die Verflechtung des internationalen Industrie- und Finanzkapitals. Das Kapitel „Der Stahlverein und die Banken“ zeigt die enge Verbindung zwischen der Großindustrie und der internationalen Hochfinanz.



Den Internationalen Eisenerbänden sind 33 Seiten des Buches gewidmet. Wohl zum ersten Male erfährt hier die Internationale der Unternehmer in der Eisenindustrie eine zusammenfassende Behandlung. In dem Kapitel „Die Kommandeure des Stahlvereins“ werden die Hauptpersonen dieses größten europäischen Privatunternehmens dem Leser vor Augen geführt. Eines der interessantesten Teile des Buches ist eine Zusammenstellung über Umfang und Kapitalmacht der Gruppe Vereinigte Stahlwerke A.-G. Diese Zusammenstellung enthält 407 Unternehmungen und Gesellschaften, die über ein Eigenkapital von 4 551 000 000 Mark verfügen. Nimmt man die mit dem Stahlverein in Verbindung stehenden Banken des In- und Auslandes hinzu, deren Eigenkapital 2 086 000 000 Mk. beträgt, so haben wir einen Kapitalradius dieser Gruppe von insgesamt 6 637 000 000 Mark. Hieraus ist die volkswirtschaftliche Bedeutung und die finanzielle wirtschaftliche und politische Macht dieses Unternehmens ersichtlich.

In dem Kapitel „Der Stahlverein als volkswirtschaftliches Problem“ werden die Fragen der Rationalisierung, die technischen Revolu-

tionen der letzten Zeit usw. noch einmal zusammengefaßt. Die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik kommen in diesem Kapitel nicht zu kurz. Es wird gezeigt, wie hier ein Staat im Staate entstanden und wie dem zu begegnen ist. Die bekannte Forderung der Gewerkschaften über die Errichtung eines Kontrollamtes erhält hier eine treffende Begründung. Der Schluß des Buches bildet eine Ermahnung an die Arbeiter und Angestellten, ihre Organisationskraft zu vernachlässigen, damit der einseitigen Wachstumsentwicklung seitens der Großindustrie begegnet werden kann.

Zum Studium der neuesten Industrieentwicklung in Deutschland, zur Erkenntnis der nationalen und internationalen Zusammenhänge des großen Industrie- und Finanzkapitals ist dieses Buch, dessen Preis im Buchhandel in Leinen gebunden 7 Mk. beträgt, eine unerschöpfliche Fundgrube. Interessante Zeichnungen und Bilder ergänzen den Text. Das Personen- und Firmenregister enthält rund 1000 Namen. Jeder Partei- und Gewerkschaftsfunktionär muß sich dieses Buch verschaffen!

Ganz glatt scheint es in der Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke nicht zu gehen, über vorhandene Differenzen zwischen leitenden Leuten ist aber nicht viel zu erfahren. Neubauten sind viele in Angriff genommen. In Dortmund-Hörde sind 65 neue Koksöfen in Betrieb, in Langendreer ist eine solche Anlage im Bau. Auf der Union wurden 5 Hochöfen von 750-800 To. Tagesleistung und eine neue Walzwerksanlage erstellt.

Eine 30-Millionen-Dollaranleihe, die im Juli aufgenommen wurde, hat dazu gedient, Bankschulden für bereits errichtete Neuanlagen zu decken. Das Bauprogramm für fünf Jahre sieht 200 Mill. Mk. vor, von denen 50 Mill. Mk. für Kokerien bestimmt sind. Das Stilllegungsprogramm soll nur kleinere Werte, darunter einige im Siegerland und die früheren Rombacher Werte betreffen.

Gesamtunfälle

(Berlegte und Tote) im 2. Vierteljahr 1927 im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund. (Mitteilung des Oberbergamts Dortmund.)

Zeit	Gesamtunfälle		Tödliche Unfälle	
	Summe	auf 1000 Beschäftigte	Summe	auf 1000 Beschäftigte
Vierteljahresdurchschnitt 1901-1910	.	.	165	0,578
Vierteljahresdurchschnitt 1925	18 549	48,904	278	0,721
Vierteljahresdurchschnitt 1926	18 318	51,304	207	0,580
1. Vierteljahr 1927	22 051	57,343	214	0,554
2. „ 1927	19 075	51,773	181	0,491

(Nach Vorliegen der preussischen Statistik für das 2. Vierteljahr kommen wir auf die Frage zurück. D. Feb.)

Wir haben uns ausführlichere Betrachtung über die Bergbauunfälle 1927 vorbehalten, bis die Gesamtstatistik für Preußen vorliegt. Die obige Statistik zeigt ein Sinken der Unfälle. Die „Rote Fahne“ unterstellt diese Tatsache, indem sie nur die Zahl der Unfälle aus dem 2. Vierteljahr, nicht aber die Vergleichszahlen mitteilt. Selbstverständlich ist auch die Zahl aus dem 2. Vierteljahr noch schrecklich: 19 075 Unfälle, davon 181 tödlich. Selbstverständlich ist auch, wie die „Rote Fahne“ bemerkt, die lange Arbeitszeit mit schuld an der Unfallzahl. Aber warum schwindelt die „Rote Fahne“, daß die preussische Regierung sich weigere, Grubentrottkontrollen aus Arbeiterkreisen zu ernennen, nachdem im sechs solcher Kontrollen seit Monaten im Amt und weitere sechs bewilligt sind?

Waldenbergs Bau

Die Entwicklung einer Stadt.

Der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir die folgende interessante Schilderung unseres niederschlesischen Glendensreviers:

Einfahrt: Die schlesische Kohlenstadt Waldenburg liegt nicht an der Bahn; der Reisende verläßt den Zug in Nittersbach oder Altwasser. Schon wird er zweifelsfrei belehrt: einmal vermag er nicht fernzuziehen, wo Altwasser aufhört und Waldenburg beginnt; wie die Stadtbezirke Berlin gehen hier langgestreckte Orte nahlos ineinander über. Das zukünftige Groß-Waldenburg wächst zusammen. Zum anderen fürchtet man, bereits mit der Straßenbahn unter Tag zu kommen; so rasch geht es und knatternd bergab. In einem Talteufel, rings von Bergen umhänden, rauchen die Schloten der Gruben, vier, fünf und mehr, wie man von der Höhe zählen kann, die eigentlichen Gründer der Stadt, die Ursachen ihres Reichtums und ihrer Armut.

Der Weg zur Grube, in die ich einfahren will, ist nicht weit. Die Anlagen gleichen — über Tage — jeder beliebigen Industrieanlage. Der Förstner sitzt an der Stechuhr, Geleise führen über den Hof, Schornsteine wachen auf der baumlosen Fläche. Männer heben und spritzen Wasser auf glühenden Koks. Der jüchzt vor Frost, kaum hörbar im Lärm der Motoren, die der Mensch schweigend regiert. In einem Baderaum verwandelt man sich in einen Bergmann. Kein Straßenanzug käme lebendig aus der Türe zurück. Am Wege jede ich Frauen und Kinder an der Schüttelröhre heben und das Produkt der Erde von den mitgeschüttelten Steinen — den Berggeräten — reinigen. Das ist die Kohle, die hier gewonnen wird. Die Fabrik liegt in der Tiefe.

Ein Wagen wird aus dem Förderkorb wieder herausgeschoben. Das gibt Platz für drei Männer und wir steigen ein. Die Lampen leuchten auf, schon ist es Nacht um uns, der Sturz fällt und fällt, ein kleines Licht erstrahlt, eine Stimme sagt: „Glück auf!“ „Glück auf!“ antwortet man, den ungewohnten Gruß sehr ehrlich zurückgebend. Wir sind am Ziel, 300 Meter tief. Es wird werden die schwarzen, schwarzen Gänge niedrig; nur tief gebückt kommt man noch vorwärts. Die Lampe beleuchtet das Gefäß, Balken tragen und links, die die Hände halten und die Eisenketten tragen, welche die Decke stützen. Alle Augenblicke ist eine gebrochen und hängt in spitzem Winkel herunter. Auch Eisenketten sind kein

Widerstand für den Berg. Wir gehen auf schmalen Geleisen. Rechts und links führen Seitengänge ins Dunkel ab. Man hört keinen Laut. Die Luft ist feuchtwarm und schmeckt schlecht. Auf einmal ist ein kleines Licht vor uns: „Glück auf!“ jagt ein Mann, der in einer schwarzglänzenden Mulde hockt. Während er mit uns spricht, haut er mit einer scharfen Hacke mehrere große Stücke Kohle aus dem Bauch des Berges heraus. Sein Gesicht ist schwarz und naß von Schweiß. Auf dem Kopf hat er eine alte Militärärmel.

Die Schüttelrutschen, lange Blechgefäße, die längs durch die Gänge gehängt sind und in raschem Takt die Kohle weiterschütten, die der Bergmann drauschöpft, machen einen gräßlichen Lärm. Man versteht kein eigenes Wort nicht. Aber ihr Geräusch ist milde und angenehm gegen das rauchende Geschrei der pneumatischen Bohrhämmer, die sich mit eisernen Jaden in den Berg einwühlen. Der Mann, der sie bedient, zittert wie Espenlaub. Wir schlagen ihm auf die Schulter; er stellt den Hebel ab, einen Augenblick ist Stille, als habe der Feind das Trommelfeuer eingestellt. Dann geht es wieder los, und während wir weiter kriechen, brüht die Erdschütte die alte schlechte Luft uns fühlbar in den Rücken. Einem Zug auszuweichen, der entgegenkommt, schiebt man sich seitwärts ins Gebüsch des Gefäßs. Rasch fahren die Wagen, bis oben mit Kohle beladen, vorüber. Tempo, Tempo ist auch in dieser Arbeit. Drei Schichten zu acht Stunden füllen den stündigen Tag. Keinen Augenblick ruht der Berg still. Ueber drei Stunden wanderte ich unter der Erde. Ich sah nur einen kleinen Teil einer einzigen Grube. Wenige wissen, wie groß die Erde ist; wer weiß, wie tief sie ist?

Die neue Stadt: In der Stadt Waldenburg sieht man viele neue Häuser. Ihre jungen Dächer leuchten heller als anderswo, weil sie wie eine neue Zeit mitten in einer uralten stehen, deren Farbe grau ist und niederbrüchlich. Schon kurz nach dem Kriege begann man Siedlungen anzulegen, kleine Häuser in kleinen Gärten zu bauen, die von großen Familien bewohnt werden. Heute baut man große Häuser mit kleinen Wohnungen; man baut sie, unter einem rührigen Stadtbaurat, praktisch und freundlich, leider kann man sie nicht billig bauen. Die Mieten kann der Bergmann nicht zahlen. Die Schutzpolizei, die in den schlimmsten Jahren der Nachkriegszeit hier wie eine Besatzung stationiert war, hat eine mächtige Kaserne erstellt; dafür baute die Stadt den Beamten Wohnungen, eine Siedlung, die mit dem naheliegenden Stadtzentrum in ihrer Geschlossenheit wie eine neue Gemeinde wirkt. Das neue Stadion, an die Dügel gelehnt, würde einen Altkamer entzückt haben. Es ist vormittag: die Stadt hat ihre Bewohner unter Tage und in die Fabriken entsandt. Fast nur Frauen und Kinder füllen die Straßen; faurige Bauern in deren Kleibern

den Marktplatz. Im Stadion läuft eine Menge Männer durcheinander. Die Körper sind tadelloß; die weichen Turnanzüge leuchten. Alle mal packt mich ein Unbehagen; der Wille zum Leben antwortet dem Willen zum Leben.

Die Sünden der Väter: Aber es sind wenige Menschen hier, die Zeit, Kraft und Maß haben, ihren Körper zu trainieren und in der Sonne spazieren zu gehen, derweil sie ideln. Der Weg von den Siedlungen zur alten Stadt führt abwärts; in jeder Beziehung abwärts. Das Wohnungselend, das hier herrscht — trotz der paar Neubauten, die ja nicht annähernd ausreichen — ist bitter. Im Gesamtgebiet des Kreises Waldenburg sind 40 Prozent aller Wohnungen Einzimmerwohnungen; 37 Prozent bestehen aus Stube und Küche. In einzelnen Bergarbeitergemeinden — Dorfgemeinden — sind bis zu 75 Prozent aller Wohnungen Einzimmerwohnungen. Man kann sie leicht beschreiben. Die Inhaber gestalten es jedem. Auf langen Korridoren aneinandergereiht liegen die Wohnungen. Man öffnet die Tür und jedesmal ist es das gleiche Bild: ein vieredriger, mäßig großer Raum mit Betten, Tischen, Stühlen vollgestopft und ein Fen an der Wand, der zugleich der Herd ist. Fast immer gibt es mehr Bewohner als Betten; davon erzählen deutlich als die Statistiken die alten Augen der Kinder. Wasser, einen Zapfhahn für alle Parteien, gibt es nur auf dem Flur, ebenso ein n Abort. Arme Leute, die selbst für die Behausungen die Mieten nicht aufbringen können, vermieten ein Bett an Schlafkurischen. Das Lager wird niemals voll. In diesen Räumen ist immer Nacht; Müdigkeit ist der Gewinn dieses Lebens.

Die Löhne, die hier bezahlt werden, waren nie hoch, und wenn die Armut eine Heimat hat, ist es Schlesien, ein schönes, reiches und fruchtbares Land. Ein altes Arbeiter- und Zindustrieland. In Waldenburg wurde die erste Dampfmaschine des Kontinents in einer Großweberei aufgestellt. Aber die schlesische Leinenindustrie erlag der mächtigen rheinisch-westfälischen und englischen Konkurrenz. Demals ging man mächtig an den Bergbau. Die angeammelten Menschenmassen mußten, als die Weberei nichts mehr einbrachte, anderweitig ihr Brot verdienen. Heute ist die Lage wieder ähnlich; abermals bedroht Rheinland-Westfalen das kleine Niederschlesien und seinen Bergbau. Der Gründe sind einige. Die Kohlenflöße des niederschlesischen Reviers sind nicht rein. Mit der Kohle schlägt der Bergmann viele Steine, die seinen Wagen fillen, dem Unternehmer aber nichts einbringen, ihn im Gegenteil dazu zwingen, über Tage komplizierte Anlagen zu schaffen, um dort die Kohle von den Steinen zu reinigen. Die geologischen Verhältnisse sind bekannt schlecht. Von zwei Seiten wird das nieder-

Lohn und Arbeitszeit.

Kürzere Arbeitszeit in der rheinischen Braunkohle!

Der rheinische Braunkohlenbergbau nimmt hinsichtlich Lagerungs- und Abbaubehältnisse im deutschen Braunkohlenbergbau unbedingt eine bevorzugte Sonderstellung ein. Das eigentliche Flöz, auf dem der Abbau vor sich geht, hat eine Stärke von 18 bis über 100 Meter und ist damit das stärkste bisher bekannte Braunkohlenflöz überhaupt. Die Mächtigkeit des Deckgebirges, des sogenannten Abraumes, beträgt nach Angaben des „Handbuchs der Kohlenwirtschaft“ durchschnittlich 10-15 Meter, steht also im denkbar günstigsten Verhältnis zur Mächtigkeit des Flözes.

Trotzdem das rheinische Braunkohlenrevier eng von den großen Steinkohlenbezirken des Ruhr-, Ruhr- und Saarreviers umschlossen wird, hat in einer verhältnismäßig kurzen Zeit die Produktion einen gewaltigen Aufschwung genommen. Im Jahre 1900 wurden etwas über 5 Mill. T. gefördert, während die Produktion im Jahre 1926 rund 40 Mill. T. Kohle betrug oder um 700 Prozent gesteigert werden konnte. Die Entwicklung der Bricketherstellung bewegte sich in gleichem Tempo, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

Förderung und Bricketherstellung in rhein. Braunkohlenbezirk einschließlich Westerbald und Hessen.

Jahr	Kohlenförderung i. T.	Bricketherstellung i. T.	Im Monatsdurchschnitt Kohlenförderung i. T.	Bricketherstellung i. T.
1913	20 256 000	5 825 000	1 688 000	485 000
1924	29 338 000	6 604 000	2 415 000	550 000
1925	39 533 000	8 997 000	3 294 000	750 000
1926	40 235 000	9 476 000	3 353 000	790 000

Seit 1913 konnte die Kohlenförderung um 100 Prozent, die Bricketherstellung fast in gleichem Ausmaße gesteigert werden, während sich die Belegschaft nur um etwa 40 Prozent vermehrte. Die Zahl der Gesamtbelegschaft betrug 1914: 10 325, 1920: 23 493, 1926: 14 578, 1927 (Mai): 14 204.

Zwischen Produktions- und Belegschaftsvermehrung besteht ein gewaltiger Unterschied, der nur durch eine Erhöhung des Förderanteils, d. h. der Menge der Kohlen, die je Mann und Schicht gefördert wird, Erklärung findet.

Der Förderanteil je Mann und Schicht betrug:

1913	11,007	100,0
1921	7,670	61,4
1925	14,719	123,6
1926	16,583	139,3
1927 (1. Vierteljahr)	20,242	170,0

Neben der vorstehend geschilderten Steigerung der Produktion auf Grund der Erhöhung des Förderanteils flossen dem rheinischen Braunkohlenbergbau gleichzeitig gewaltige Summen zu durch die gegenüber 1913 erheblich höheren Preise für Kohle und Bricketts. Der Preis je Tonne Kohle beispielsweise erhöhte sich von 1,54 Mk. im Jahre 1913 auf 2,21 Mk. im Jahre 1926 oder um 43,5 Prozent, während die Brickettpreise von 8,70 Mk. auf 13 Mk. im Jahre 1926 oder um 49,4 Prozent anwogen.

Die günstige Lage der Werte findet ihren Niederschlag in den Geschäftsergebnissen des letzten Jahres. Der Geschäftsabschluss von zwei führenden Werken sieht folgendermaßen aus:

Roddergrube U.-G.

Betriebsüberschuss 1926	12 920 053,05 Mk.
Dieser Betriebsüberschuss verteilt sich wie folgt:	
1. Geschäftskosten	850 053,01 "
2. Steuern	3 297 722,02 "
3. Versicherungen	319 728,00 "
4. Abschreibungen	3 612 372,59 "
5. Gewinn	4 840 177,43 "
12 920 053,05 Mk.	

Es wurden auf ein Aktienkapital von 18 000 000 Mk. 24 Proz. Dividende = 4 320 000 Mk. verteilt. Der Gewinnanteil des Aufsichtsrats, der aus zwölf Mitgliedern besteht, betrug 197 368,43 Mk. 1913 waren bei dieser Gesellschaft 1527 Arbeiter beschäftigt, 1926 aber 2000. Das ist eine Steigerung von 94 Prozent.

Die Förderung betrug 1913: 3 682 456 T., 1926: 11 224 076 T. Das ist eine Steigerung von rund 230 Prozent.

Die Löhne betragen je Kopf der Belegschaft 1913: 1457 Mk., 1926: 2825 Mk., das ist eine Steigerung von 93 Prozent.

Rheinische U.-G.

Die Rheinische U.-G. hat nach einem Bericht der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“ einen Reingewinn von 7 510 000 Mk. erzielt. Der Bericht sagt: „Trotzdem der Bruttogewinn um mehr als 3 Mill. Mark höher ist als im Vorjahre, wird mit 7,51 Mill. Mk. (7,13

i. V.) fast der gleiche Reingewinn ausgewiesen. Steuern und Generalunkosten erfordern wohl etwa 1,05 Mill. Mk. mehr, auch sind die Aufwendungen für Versicherungen 0,36 Mill. Mk. höher. Darüber hinaus hat man aber vor allem die im Vorjahre schon reichlichen Abschreibungen noch wesentlich höher bemessen, und zwar wurden insgesamt 1,46 gegen 3,1 Mill. Mk. im Vorjahre abgeschrieben.“

Nach dem Bericht verlief das Geschäftsjahr befriedigend. Es wird gesagt, eine etwas höhere Dividende, etwa 12 Prozent, hätte sich bei aller Vorsicht in der Bilanzierung doch ermöglichen lassen. Der Aufsichtsrat erhält 325 565,22 Mk. Die Bankguthaben allein sind um weitere 3 Mill. auf 13,75 Mill. Mk. gestiegen und damit fast doppelt so hoch, als die gesamten Verpflichtungen von 7,70 Mill. Mk., von denen allein 5 Mill. Mk. Darlehen sind, also langfristige Verpflichtungen.

Die glänzende Lage der Werke geht aus den Bilanzen unzweifelhaft hervor. Eine Besprechung derselben würde ihre Wirkung nur abschwächen. Empörung muß aber die Höhe der Zantienmen auslösen, die insgesamt 523 000 Mk. erfordern, ein Betrag, der der gesamten Lohnsumme eines Jahres von 140 Bergarbeitern entspricht.

Als im Frühjahr 1924 die Schichtzeit durch Schiedspruch von 8 auf 12 Stunden verlängert wurde, gaben Schlichter sowohl wie Reichsarbeitsminister die Erklärung ab, bei einer Besserung der Konjunktur die achtstündige Schichtzeit wieder einzuführen. Der Konjunkturumschwung hat in der Zwischenzeit eingesezt. Die Geschäftsabläufe beweisen die glänzende Lage der Braunkohlenindustrie. Die Lager sind leer und die Produktion ist schon auf Monate hinaus ausverkauft. Die Bergarbeiter erinnern jetzt die maßgebenden Stellen an ihr im Jahre 1924 abgegebenes Versprechen und fordern Einlösung desselben. Die Gewerkschaften haben die Ueberarbeit gekündigt.

Eine Reihe gut besuchter Versammlungen nahm am 28. August Stellung zur Arbeitszeifrage. In der angenommenen Entschlebung heißt es:

„Die Versammlung stimmt den Beschlüssen der Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vom 15. bis 17. August in München betreffs weiterer Verkürzung der Arbeitszeit und Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit zu. Bei der zwangsweisen Verlängerung der Arbeitszeit Ende des Jahres 1923 von 8 auf 10 Stunden und einer Schichtzeit von 12 Stunden wurde von allen Staats-, Reichsregierungs-, Schlichtungs- und Arbeitgeberinstanzen die verlängerte Arbeitszeit nur als vorübergehend bezeichnet und anerkannt. Die während der Mitte des Jahres 1925 für den rheinischen Braunkohlenbergbau erfolgte Verkürzung der Arbeitszeit um nur eine Stunde ist vollkommen ungenügend und entspricht nicht den damals gemachten Zusagen. Die Versammlung fordert deshalb eine sofortige weitere Verkürzung und Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit. Eine Begründung für die wirtschaftliche Möglichkeit der Durchführung dieser Forderung hält die Versammlung angesichts der im Revier vorliegenden Tatsachen nicht für notwendig. Die Verbandsleitung erhält den Auftrag, das bestehende tarifliche Abkommen über die Arbeitszeit zu kündigen und für die Durchführung der gestellten Forderung alle gewerkschaftlich notwendigen und möglichen Maßnahmen zu ergreifen.“

Die Versammlung fordert die Belegschaften auf, die Beschlüsse der heutigen Versammlung einmütig zu unterstützen und die Macht der Arbeiterschaft zu stärken durch den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation.“

Kündigung der Lohnordnung in Niederschlesien.

Eine am 28. August in Waldenburg abgehaltene Revierkonferenz der am Tarifvertrag für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau beteiligten freien Gewerkschaften beschloß einstimmig die Kündigung der bestehenden Lohnordnung zum 30. September 1927.

Einleitend referierte Kamerad Dr. Berger über die Kohlenwirtschaftslage und betonte hierbei, daß auch der niederschlesische Bergbau, trotz seiner gegenüber anderen Revieren schwierigen Abnahmeverhältnisse, eine bemerkenswerte wirtschaftliche Aufbesserung zu verzeichnen habe. Es besteht kein Anlaß, das niederschlesische Revier als auf dem Aussterbepfad stehend zu betrachten. Der weitere Ausbau der Lebensgewinnung, insbesondere die gegenwärtig stärker erwogenen Pläne, die Stichtoffherstellung aufzunehmen, wofür die nieder-

schlesische Kohle einen ganz vorzüglich geeigneten Rohstoff abgibt, läßt die Zukunft dieses Reviers um manchen hoffnungsvoller erscheinen, als es die betonten Klagen der niederschlesischen Zechenbesitzer hinstellen. Es geht nicht an, die Wettbewerbsfähigkeit Niederschlesiens durch Lohnbruch beständig machen zu wollen. Die Lebensfähigkeit und Lebensberechtigung des Reviers, die von seiner verantwortlichen Stelle verneint würden, erfordere, daß man den teilweise in den kümmerlichsten Verhältnissen darbenenden Bergarbeitern eine ausreichende Lebensmöglichkeit gewähre. Die Ungunst der Nachkriegsentwicklung Niederschlesiens, hervorgerufen durch den Verlust wichtiger Absatzmärkte, vor allem in der Tschechoslowakei, haben die Bergarbeiter anteilig viel stärker zu spüren bekommen als die Unternehmer, die zum Teil ganz wo anders liegen. Bei den jüngsten Kohlenpreisüberarbeitungen im Reichskohlenrat haben auch die niederschlesischen Unternehmer die ihnen obliegende Beweispflicht nicht ausreichend erfüllt. Es wäre zu prüfen, ob die gegenwärtige organisatorische Gliederung des niederschlesischen Bergbaues allen Ansprüchen genüge, die an eine rationelle Wirtschaft zu stellen sind. Zweifellos seien auch auf diesem Gebiete noch Verbesserungsmöglichkeiten vorhanden, die ausgenützt werden können. Nicht ohne Sorge wird die mit der offenbar bevorstehenden Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen verknüpfte Frage der entgeltlichen Regelung des polnischen Kohleneinfuhrkontingents beurteilt. Der Druck der polnischen Einfuhrkohle wird namentlich Niederschlesiens Absatzgebiete berühren und möglicherweise dem jetzt erreichten Beschäftigungsgrad Abbruch tun. Weitergehende Zugeständnisse in dieser Richtung machen einen annehmbaren Ausgleich für die dadurch möglicherweise arbeitslos werdenden Bergarbeiter erforderlich. Keinesfalls brauche ein guter deutsch-polnischer Handelsvertrag, den die Bergarbeiter grundsätzlich begrüßen, auf Kosten einseitigen Opfers der Bergarbeiter gehen. Wer die Existenzfähigkeit des niederschlesischen Bergbaues fördern will, darf sich den berechtigten Ansprüchen, die die Tariforganisationen jetzt erheben, nicht verschließen.

Nach diesen mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen gab der Bezirksleiter Hoffmann (Waldenburg) einen Ueberblick über die Lohnverhältnisse.

Seit Abschluß der Lohnbewegung im Februar 1927 sind die Lebenshaltungskosten um 5,1 Prozent gestiegen. Eine weitere Verteuerung steht durch die Auswirkung der Zollpolitik sowie durch die erneute Steigerung der Mieten vom 1. Oktober bevor. Der Lohn reicht aber heute schon nicht mehr, um die Familie zu ernähren. Krankheit und frühe Invaliderung sind die Folgen der schlechten Ernährung. Die Zahl der Invaliden im Niederschlesischen Bezirksknappschaftsverein betrug im Januar 1924: 2404, im Juli d. J. 6850. Das ist eine Steigerung von mehr als 200 Prozent, bei einer Verminderung der Belegschaft um 16 455 Mann in demselben Zeitraum. Wenn die Löhne nicht bald auf ein erträgliches Maß hinaufgesetzt werden, ist eine Katastrophe unvermeidlich. Wer eine andere Arbeit bekommen kann, verläßt den Bergbau fluchtartig. Die Statistik in den bergmännischen Berufsschulen zeigt, daß Jugendliche, entlassen aus den oberen Volksschulklassen, gänzlich vom Bergbau fernbleiben. Der Nachwuchs fehlt sich zum größten Teil aus der 4. und 5. Klasse oder aus den Hilfschulen zusammen. Das bedeutet eine Gefahr für die Sicherheit des Betriebes. Schuld daran sind die elenden Lohnverhältnisse, die dem Arbeiter keine Existenz bieten.

Deshalb machte Kamerad Hoffmann der Konferenz den Vorschlag, den Lohn tarif am 31. August zum 30. September zu kündigen. Als Forderung wurde empfohlen:

1. eine Erhöhung des Tariflohnes um 25 Prozent,
2. Befreiung der Randgedenktafel,
3. Erhöhung des Mindestlohnes der Gedingearbeiter (als Mindestlohn fordern wir den Zimmerhauerlohn plus 10 %),
4. angemessene Erhöhung des Wassergeldes.

Die Forderung von 25 Prozent sieht auf den ersten Blick ungeheuer hoch aus. Das ist jedoch nicht der Fall. Wie liegen aber die Verhältnisse? Der Tariflohn der Gedingehauer beträgt 5,50 Mark, der Effektivlohn betrug im Juni 6,50 Mk., das ist eine Spanne von 1 Mk. zwischen Tarif- und Effektivlohn. Genau so ist es beim Zimmerhauer, der in allen Bergbaurevieren reiner Schichtlohn ist. Der Tariflohn des Zimmerhauers beträgt 1,45 Mk. und der Effektivlohn betrug im Juni 5,66 Mk., also eine Spanne von 1,01 Mk. Läßt man die Angleichung außer Betracht, so ergibt sich eine reine Lohnerhöhung bei der Dauergruppe um 5,8 Prozent. Das entspricht allein der Steigerung der Lebenshaltungskosten von Januar bis Juli.

Die Aussprache über das Referat des Kameraden Dr. Berger und die Ausführungen des Kameraden Hoffmann waren dem Ernst der Lage entsprechend zwar leidenschaftlich, aber durchaus sachlich. An Hand von Beweisen wurde von allen Rednern die miserable Lage der niederschlesischen Bergarbeiter vorgetragen.

schlesische Kohlenbecken von gewaltigen Porphyrtiegeln durchbrochen, die vulkanischen Ursprungs sind. Durch die eruptive Gewalt des Durchbruchs sind die Kohlenflöze in ihrer Lagerung gestört und zum Teil überworfen worden. An solchen Stellen haben die Flöze eine Lagerung bis zu 85 Grad. Die Arbeit in diesen stehenden Flözen ist gefährlich für den Bergmann, dementsprechend zeitraubend und teuer. Endlich ist aus den gleichen Gründen der Gebirgsdruck gewaltig, der auf diesen schmalen unterirdischen Gängen lastet; nur mit einem großen und kostspieligen Aufwand an Stützmaterial (Holz und Eisen) können sie erhalten werden.

Gegen diese Schwierigkeiten, die naturbedingt sind, kämpfen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam. Es ist ein wilder Kampf, der hier gekämpft wird. Der Arbeitgeber sagt: Es muß mehr produziert werden. Tatsächlich liegt hier die Durchschnittsleistung eines einzelnen Bauers um 14,5 Prozent höher als vor dem Kriege. Die heftigste Arbeitergruppe, die Bauer, verdient etwa 6,20 Mk. pro Tag, also 150 Mk. monatlich. Davon gehen fast 20 Prozent für Steuern und sonstige Abgaben weg. Da bleibt wenig Geld für einen Mann übrig, der eine Familie ernähren muß. Vor mir liegt eine Lohnliste, auf der zu ersehen ist, was ihrem Besizer von einem Monatslohn von 152,30 plus 2,52 Mk. Kindergeld abgezogen wurde:

Für Steuer	3,50 Mk.
Für Invalidenversicherung	3,03 Mk.
Für Knappschafts-Pensionsversicherung	9,90 Mk.
Für Krankenkasse	6,44 Mk.
Für Erwerbslohnfürsorge	2,16 Mk.
Für Unterstützungskasse	1,50 Mk.

Dabei kann dieser Mann noch von Glück jagen, daß bei ihm die Rubriken leer sind: Sterbekasse, Wassergeld, Strafe, Lampenreparatur, Gehälte, Alkohol, Badeschnur. *) Es wird ausschließlich im Akkord gearbeitet. Dabei ist ein Mindestmaß festgesetzt, was der Bauer schlagen muß. Schlägt er mehr, bekommt er das extra bezahlt, aber die Direktion behält es sich vor, das Mindestmaß heraufzusetzen. Man hat auch in Frankfurt den „Weber“-Film gesehen. Die Zustände, die er zeigt, wird der Zuschauer historisch betrachten. Nun, es gibt keine Weber mehr in Schlesien.

*) Die Räume, in denen sich die Bergarbeiter morgens und abends umziehen, sind zugleich die Baderäume. Die Leute ziehen ihre Kleider aus und ihre Arbeitsröcke an; um Platz zu sparen, werden die Anzüge an eine Schnur gebunden und an die Decke gezogen. Durch die Feuchtigkeit des Raumes verfaulen die Schnur ziemlich rasch, und die Verwaltung berechnet den Arbeitern von Zeit zu Zeit einige Pfennige für Badeschnur.

es gibt jetzt Bergleute. Es gibt auch Tuberkulose, auf-fallend viel Nervenkrankungen, die eine Folge der Arbeit z. B. an den Preßluftschlämmern sind. Kindersterblichkeit, Geburtenrückgang (vom Jahre 1921 bis 1926 um fast 15 Prozent). Kein Tag vergeht ohne Unglücksfall. Unter den 32 653 Mitgliedern des Knappschaftsvereins waren im Jahre 1924: 2400 Invaliden, im Januar 1927 waren es 6136.

Der Beiz. Wie überall, hat auch in Niederschlesien der Krieg und die Inflation einen Wandel in den Besitzverhältnissen herbeigeführt. Die letzten der kleinen Einzelgewerkschaften, deren Gewerke einmal die Bauern waren, denen der Boden gehörte, sind verschunden. An ihre Stelle sind die großen Konzerne getreten, die sich heute in die Kohle teilen. Das sind die Kokswerke und Chemische Fabriken U.-G. Berlin mit etwa 33 Prozent der niederschlesischen Förderung, der Fürst Blech mit etwa 23 Prozent, die Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhils-Friedenshoffnung mit etwa 11 Prozent und die Rütgerswerke U.-G. mit 13 Prozent. Außer diesen gibt es noch ein paar kleine Gesellschaften.

Nach etwas hat der Krieg gebracht: neue Grenzen. Von einer Gesamtverladung im Jahre 1913 von 4 264 050 T. gingen damals fast 1 300 000 T. nach Böhmen in die alte Monarchie. Heute ist aus Böhmen die Tschechoslowakei geworden, die ihre eigenen Kohlenvorkommen ausgebaut hat und selber ein Kohlenüberschußland geworden ist. Von der Gesamtverladung im Jahre 1925 gingen nur noch 440 000 T. über diese nahe Grenze. Für den Rest mußten neue Absatzgebiete, fast durchweg in Deutschland, erschlossen werden; in Württemberg, in Bayern, in der Schweiz, in Gobielen also, die weit entfernt liegen und durch eine lange Reise eine hohe Fracht auf die Kohle schlagen. Vor dem Krieg waren dem Revier einige Sondertarife bewilligt worden, die es ihm ermöglichten, seine Kohle zu billigen Frachtpreisen zu verkaufen. Heute hat die Reichsbahn diese Vergünstigungen samt und sonders aufgehoben, eine harte Maßregel, zu der sie nicht zuletzt der Verfallener Vertrag zwingt.

Am meisten aber fürchtet man hier den Bau des Mittel-land-Kanals. Man rechnet aus, daß nach dessen Fertigstellung sich die Abnahmeverhältnisse auf dem Kohlenmarkt grundsätzlich ganz erheblich veränderten werden, weil es dann möglich sein wird, die rheinisch-westfälische Kohle nach Berlin, nach Sachsen und noch weiter um 3 Mk. billiger die Tonne zu bringen, als die jenseits der liegende schlesische Kohle. (Der Absatz nach Berlin betrug im Jahre 1925 etwa 130 000 T. Kohle und 80 000 T. Koks.) Damit werden diese und andere Märkte für Niederschlesien verloren sein, und das bedeutet — wahrscheinlich — das Ende des Reviers.

Entwicklung. Inzwischen lebt und wächst diese Stadt. Sie baut, sie plant, sie rührt sich. Sie möchte ein Theater und ein großes modernes Hotel haben, ein wenig phantastische, oder deutlicher gesagt: unorganische Wünsche, wenn man nur so obenhin denkt, was ihr an sehr viel wichtigeren Dingen fehlt. Aber man hat durchaus das Gefühl, daß sich diese Stadt seit einiger Zeit der Arbeit bewußt geworden ist, die unter ihren Fundamenten an ihrem Fundament geleistet wird. Seit einiger Zeit, das heißt ganz einfach: seit der Republik. Die Arbeitskraft der 30 000 Bergleute beginnt am eigenen Ort sichtbar zu werden. Es geht langsam, es ist kaum zu beweisen; nur der Spaziergänger, der Fremde, der durch die Straßen geht, auf die Anhöhen steigt und betrachtet, glaubt es zu fühlen. Ja, es ist deutlich zu sehen. Aber vielleicht ist es zu spät...

Dichterworte gegen den Krieg.

Alle edlen Menschen sollten diese Gesinnung mit warmem Menschengefühl ausbreiten, Väter und Mütter ihre Erfahrungen darüber den Kindern einflößen, damit das fürchterliche Wort „Krieg“, das man so leicht ausspricht, den Menschen nicht nur verhaßt werde, sondern, daß man es mit gleichem Schauer als Beistand, Pest, Hungersnot, Erdbeben, den Schwarzen Tod zu nennen oder zu schreiben kaum wage. Aus Herders Nachlaß.

Dereinst wird man in den Museen Kanonen ausgestellt sehen, wie jetzt die alten Folterwerkzeuge, und man wird darüber staunen, daß derlei einmal im Gebrauch sein konnte. Victor Hugo.

Im längsten Frieden spricht der Mensch nicht jöviele Ansturm und Unwahrheit, als im kürzesten Kriege. Jean Paul.

Hörte von Vaterland, von Freiheit, hörte von Schlachten, Hörte von Tugend und Mut, welche die Namen geizert. Aber ich sah doch bloß ein Gezücht von englischen Doggen, Das zu des Brotherrn Luik mitend einander zerriß. Chamisso.

Lehrt die Kinder, den Daß zu hassen... Erziehst sie zu vernünftigen Menschen, die... dem nationalitätlichen und imperialistischen Ehrgeiz widerstehen, der ihre Väter zermalmt hat. Natole France.

Alle Kriege entstehen nur um den Besitz von Geld. Platon (127-347 v. Chr.).

Nach einem kurzen Schlusssatz beider Referenten wurde ein stimmig beschlossener, den Lohnsatz zu kündigen. Die von den Verbänden beschlossenen Forderungen wurden in einer zweiten Abstimmung ebenfalls einstimmig angenommen.

Kamerad Hoffmann forderte nun auf, alles daran zu setzen, um den Forderungen Gehör zu verschaffen. Solidarität und Disziplin ist jetzt das Gebot der Stunde! Hinweg mit den politischen Fäulnissen! Es gilt jetzt die Existenz zu verteidigen. Unter der Parole, den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen, schloß Kamerad Hoffmann mit einem kräftigen „Blitz auf!“ die Konferenz.

Schiedspruch

im oberbayerischen Kohlenbergbau.

Bereits am 1. und 8. Juni fanden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über eine Verkürzung der Arbeitszeit, Mehrarbeitszuschläge und eine Lohnverbesserung für den oberbayerischen Kohlenbergbau statt. Da in beiden Verhandlungen eine Einigung nicht zustande kam, wurde von den Arbeitgebern die Landes-schlichter zur Entscheidung angerufen. Der Landes-schlichter hatte die Parteien auf den 15. Juni zu einer Verhandlung geladen. Die Arbeitgeber kamen aber auch in dieser Verhandlung den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer in keiner Weise entgegen. Sie stellten die Behauptung auf, daß, falls eine Arbeitszeitverlängerung eintrete, die Werke stillgelegt werden müßten. Vom Landes-arbeits-schlichter wurde dann vorgeschlagen, den bestehenden Lohn und die Arbeitszeit zwei Monate weiterbestehen zu lassen und im Monat August eine Beschäftigung der Werke vorzunehmen. Am 21. August wurde durch die zu bildende Schlichterkammer und die Parteien das, nach Angabe der Arbeitgeber, schlechteste Werk beauftragt. Bei dieser Gelegenheit fand auch eine Aussprache mit der Direktion des Werkes über die Gehaltsaufschläge und den Erlös pro Tonne, sowie über die Dauerleistung und die Leistung pro Mann und Schicht statt. Hierbei wurde festgestellt, daß die Leistung erheblich gestiegen ist und die Erlöse sich im allgemeinen Rahmen halten. Die Leistung, verglichen mit anderen Revieren, ergibt folgende Darstellung:

Table with 5 columns: Wert, Monat, Dauerleistung, Beschäftigt unter Tage, Erlös pro Tonne. Rows include Oberbayerische Werke (März), Ruhrgebiet (April), Niederschlesien (April), Sachsen (April).

Die im Anschluß an die Beschäftigung des Werkes gebildete Schlichterkammer hat dann nach zweitägiger Verhandlung folgenden Schiedspruch gefaßt:

Schiedspruch.

A.

1. Das bisher bestehende Ueberzeitabkommen bleibt mit Wirkung ab 1. September 1927 bis 28. Februar 1928 in Geltung.

11. Mit Wirkung ab 1. März 1928 wird die Arbeitszeit je Schicht wie folgt festgesetzt: a) Arbeitszeit unter Tage: ab 1. März 1928 auf 8 1/2 Stunden; ab 1. Juni 1928 auf 8 Stunden.

b) Arbeitszeit über Tage:

1. Für alle an der Förderung, Aufbereitung und Sortierung beschäftigten Arbeitnehmer ab 1. März 1928 auf 8 1/2 Stunden.

2. Für Arbeitnehmer, deren Tätigkeit vorwiegend in Arbeitsbereitschaft (z. B. Tor- und Badewärter, Nachwächter usw.) besteht und solche in durchgehenden Betrieben (Maschinen- und Kesselhäuser mit Ausnahme des Kesselbetriebes mit Handfeuerung) ab 1. März 1928 auf 10 Stunden.

3. Für jugendliche Arbeitnehmer ab 1. Febr. 1928 auf 8 Stunden.

c) Für den Fall, daß außergewöhnliche Verhältnisse die Durchführung der unter a) und b) festgesetzten Arbeitszeit nachweisbar nicht ermöglichen, ist die Vereinbarung einer abweichenden Regelung der Arbeitszeit zwischen der Betriebsleitung und der gesetzlichen Arbeitervertretung des einzelnen Werkes unter Einziehung der Organisationsvertreter zulässig. Kommt eine Einigung zwischen Betriebsleitung und Arbeitervertretung nicht zustande, so entscheidet auf Antrag einer Partei ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter des Werkes und der Arbeitnehmer und dem Landes-schlichter für Bayern als Vorsitzender endgültig.

111. Mit Wirkung ab 1. Juli 1927 wird der Zuschlag für die bisherige und nach Ziffer 1 und 2 zulässige Mehrarbeitszeit auf 10 Prozent für jede Mehrarbeitsstunde festgesetzt. Der Zuschlag errechnet sich aus dem jeweils zuständigen Tariflohn.

IV. Vorstehende Regelung gilt bis auf weiteres und kann mit einmonatiger Frist erstmals zum 30. September 1928 gefündigt werden.

B.

1. Mit Wirkung ab 1. September 1927 beträgt der Dauerlohn 5,10 Mk. pro Schicht.

2. Die Schichtlöhne der übrigen Arbeitergruppen sind hieraus nach dem bisher bestehenden Schlüssel zu errechnen.

3. Die Zulage für Sacharbeiter beträgt ab 1. September 1927 3-20 Prozent aus dem nach Ziffer I und II zuständigen Tariflohn.

4. Weihen in einem Werke für einzelne Gruppen oder Abteilungen besondere Zulagen, so darf bei diesen, sofern oder soweit sie nicht widerrechtlich gewährt werden, eine Verschlechterung nicht eintreten.

5. Vorstehende Lohnregelung gilt bis auf weiteres und kann mit einmonatiger Frist erstmals zum 31. März 1928 gefündigt werden.

C.

Die Parteien erhalten zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches Frist bis 30. August 1927, mittags 12 Uhr.

Wir halten den Schiedspruch für unzulänglich; er trägt nicht nur den berechtigten Wünschen der Arbeiter in der Arbeitszeit keine Rechnung, er berücksichtigt auch in der Lohnfrage in keiner Weise die seit der letzten Lohnfestsetzung eingetretene Teuerung. Beträgt doch der Gesamtdurchschnittslohn im oberbayerischen Kohlenbergbau heute, verglichen mit dem Reallohn von 1913, nur 130 Prozent, während der im Monat Juli 150 Prozent beträgt. Auch der im Schiedspruch festgesetzte Satz von 10 Prozent für die zu leistende Mehrarbeit ist nicht nur unzulänglich, sondern ein Hoß auf die Arbeitszeitverordnung und die Anweisungen des Reichsarbeitsministers.

Wenn trotz der langen Uebergangszeit und der viel zu niedrigen Lohnverbesserung die Belegschafts- und Organisationsvertreter nach den uns gewordenen Mitteilungen sich für die Annahme des Schiedspruches erklärten, so liegt das an den dort vorliegenden besonderen bayerischen Verhältnissen.



Verschlechterung der Konjunktur?

Trüben Betrachtungen der nächsten Wirtschaftsentwicklung begegnet man in der letzten Zeit sehr oft. Sie sind sehr gefährlich, denn auch psychologisch kann man eine gute Konjunktur kaputt schlagen, und nichts ist gefährlicher, als wenn Börsen- oder Industriospekulanten aus engem Gesichtswinkel heraus die Dinge schwarz in schwarz malen.

Es ist aber nicht wahr, daß es sich in Deutschland seit 1926 nur um eine Zufallskonjunktur infolge des englischen Streiks handelt. Auch nachdem seine Folgewirkungen vorbei sind, hat sich die Geschäftslage in Deutschland weiter gebessert. Um ca. 20 Prozent liegen die Umsatzergebnisse höher als 1926. Die Industrie ist und bleibt einstweilen gut beschäftigt. Die Werke der Rohstoffgesellschaft waren in 1927 beschäftigt: Januar zu 97 Prozent, Februar zu 91, März zu 105, April zu 96, Mai zu 102, Juni zu 99, Juli zu 100 Prozent. Nimmt man die Saarwerke hinzu, dann gestaltet sich das Verhältnis folgendermaßen: Januar 95,5 (1926: 60) Prozent, Februar 89 (61), März 103 (71), April 93,5 (65), Mai 99,5 (68), Juni 96,5 (73) Prozent.

Dabei kommt in Betracht, daß die Beteiligungsziffern seinerzeit nach den besten Monaten errechnet wurden und deshalb schätzungsweise um 20 Prozent zu hoch sind.

Für drei Monate haben die Werke volle Beschäftigung, man rechnet schon heute auf solche bis Anfang 1928.

Die Eisenbahn vergibt viel Aufträge, ebenso die Post, ähnlich die Schiffswerften, die Bautätigkeit war immer noch sehr reger, die Industrie selbst baut sehr viel. Tausende von Koksöfen sind im Bau, eine Firma, die bis zum 1. April 1928 1000 Koksöfen zu erstellen hat, zog sich deshalb von dem russischen Geschäft zurück.

Sei den Maschinenfabriken wachsen die Aufträge, Werke, die mit weniger als 80 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind, soll es nur wenige geben.

In der Textilindustrie hat sich die Geschäftslage wieder gebessert. Im Spinnstoffgewerbe waren 2,6 Prozent arbeitslos gegen 3 und 3,5 Prozent in den beiden Vormonaten. In der Baumwollindustrie hat man Aufträge für drei bis vier Monate, man hofft auf weitere Belegung durch den deutsch-französischen Handelsvertrag.

Der Arbeitsmarkt verbessert sich weiter. Während am 1. Juli 540 717 Personen insgesamt durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützt wurden, ist diese Zahl bis zum 15. Juli auf 493 086 (davon 104 143 weibliche Erwerbslose) und bis zum 1. August weiter auf insgesamt 452 765 (davon 95 325 weibliche Erwerbslose) gesunken. Hinzu treten diejenigen Erwerbslosen, die durch die Krisenfürsorge unterstützt werden. Ihre Zahl betrug am 15. Juni insgesamt 208 426 und am 15. Juli 181 259 (davon 36 655 weibliche Erwerbslose).

Auch die Feststellung über die Zahl der Erwerbslosenmitglieder der freigewerkschaftlichen Fachverbände zeigt eine entsprechende Senkung. Während Ende Juni 6,4 Prozent der Mitglieder erwerbslos waren, waren es Ende Juli 5,6 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter ist gleich geblieben. Sie betrug sowohl Ende Juni wie Ende Juli 2,6 Prozent der Mitglieder.

Die Wagengestellung der Reichsbahn hat, von kleinen Schwankungen abgesehen, von täglich 129 000 Anfang Januar auf rund 150 000 in Juli-August zugenommen. Konkurse und Geschäftsaufsichten sind sehr gering an Zahl.

Im Ruhrbergbau sind wesentliche Verschlechterungen nicht zu verzeichnen. Feierschichten sind eingelegt worden: April 236 000, Mai 126 000, Juni 54 000, Juli 156 000, August (drei Wochen) 87 000.

Die Belegschaft sank von 409 370 im Mai auf 404 659 Mann im Juli.

Die Haldenbestände betragen:

Table with 4 columns: Kohlen, Koks, Briketts. Rows for 1. Juli, 1. August, Mitte August.

Der Absatz des Kohlensyndikats betrug arbeitstäglich:

Table with 3 columns: bestrittenes Gebiet, unbestrittenes Gebiet. Rows for Juli, August (20 Tage).

Belgien hat mit dem Syndikat einen Vertrag über Kohlenlieferung auf Reparationsverrechnung abgeschlossen, der von der deutschen Regierung gebilligt ist und mit dessen Ausführung am 1. September begonnen wird.

Die Koksfrage scheint ziemlich günstig. Die Kokereien waren im Juli mit 42 Prozent über den offiziellen Satz von 33 Prozent beschäftigt. Auslandsaufträge sind erheblich hereingekommen.

Der Wettlauf um die Beteiligungsziffer im Kohlensyndikat kommt besonders beim Koks zum Ausdruck. Die Anlagen sind meist alt, so daß Neuanlagen nicht zu umgehen sind. Die alten Flammöfen sind fast ausgestorben, die Abhitzeöfen, auch veraltet, machen noch 34 Prozent der Öfen aus, die Regenerativöfen sind noch zu 54,9 Prozent vertreten, die neuen Verbundöfen zu 9,3 Prozent. Die 34 Prozent Abhitzeöfen erzeugten 28,8 Prozent der Produktion, die 54,9 Prozent der Regenerativöfen 57 Prozent und die 9,3 Prozent der Verbundöfen 13,4 Prozent der Produktion. Diese neuen Öfen werden gegenwärtig in einem Umfang gebaut, daß nach Fertigstellung die Kapazität (Leistungsfähigkeit) den Bedarf weit übersteigen wird. Die Produktion in diesen neuen Öfen ist so erheblich billiger, daß eine Betrachtung der „Köln. Ztg.“ vom 28. August feststellen kann, „der neue Ofentyp mit Einschluß des Nebengewinnungsverfahrens bringt eine solche Verbilligung von Materialkosten und Löhnen mit sich, daß seine Anlage in vier Jahren abverdient sein kann“.

Die Kohlenlage in Deutsch-Oberschlesien ist nicht schlecht. Der Förderschichtenanteil erreichte im Juli den höchsten Stand in diesem Jahr. Die Produktionsstatistik zeigt folgendes Bild:

Table with 6 columns: Steinkohle (förder- je Schicht, täglich Ges.-Belegs.), Koks (förder- je Kopf der Ges.-Bel.), Briketts (förder- je Kopf der Ges.-Bel.). Rows for January to July.

Der Absatz von Kohlen stieg in Oberschlesien selbst im Juli auf 436 000 To. (390,9), nach dem übrigen Deutschland auf 1059,1 gegen 891,5. Die Ausfuhr stieg auf 128,3 (103,4). Die günstige Entwicklung der Ausfuhr, die im März mit 36,6 ihren niedrigsten Stand zu verzeichnen hatte, beruht auf zunehmendem Abbruch der Tschechoslowakei. Der Absatz von Koks hat sich im Juli ziemlich gleichmäßig entwickelt. Er betrug insgesamt 109,8 (103,1) und verteilte sich mit 40,4 (37,4) auf Oberschlesien, 51,2 (52,5) auf das übrige Reichsgebiet und mit 18,3 (13,2) auf das Ausland. Die Hüttenindustrie des Reviers bezog 37,9 (35,7). Der Gesamtabsatz der Brikettindustrie betrug 22,7 (19,1). Der Hauptanteil entfiel mit 21,9 (18,9) auf Bezüge des übrigen Reichsgebiets, und zwar gingen hiervon allein 18,2 (15,2) als Eisenbahnlokomotivbriketts an die Reichsbahn. Die Verfrachtung der Steinkohle erfolgte mit 1418,9 (1199,7) = 87,4 (86,57) Prozent mit der Bahn. Der Wasserumschlag erstreckte sich auf 284,9 (241,5) bzw. auf 17,54 (17,43) Prozent des Gesamtabsatzes.

Die Zahlen der wegen Absatzmangels eingelegten Feierschichten liegen zurzeit erst bis einschließlich Juni vor. Sie gingen bereits in diesem Monat bedeutend zurück, und zwar stellten sie sich im Durchschnitt aller Arbeitergruppen, d. h. bei den Arbeitern unter und über Tage, nur noch auf 3201 entgangene Schichten, während sie noch im April 37 708 betrug. Von den Ende Juli in den Steinkohlengruben beschäftigten 50 877 (50 188) Arbeitern waren 39 504 (38 670) unter und 11 373 (11 518) über Tage tätig.

Nach alledem liegt kein Anlaß vor, aus einzelnen, meist saisonmäßig bedingten Rückgängen pessimistische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Leipziger Messe bestätigt vielmehr den allgemeinen Eindruck der noch andauernden günstigen Konjunktur. Unser Korrespondent, dessen ganzen Bericht wir wegen Raumangel nicht aufzählen können, urteilt abschließend:

„Die deutsche Inlandskonjunktur der Gegenwart hat natürlich sehr wesentlich auf das Geschäft der diesjährigen Herbstmesse eingewirkt. Es war im ganzen eine Bedarfsmesse für die breiten Massen des Inlandes. Aber auch die Exportindustrien werden einige Erfolge zu verzeichnen haben. Die Messe selbst gab ein Spiegelbild der Konjunktur insofern, daß für die nächsten Monate ein Zurückgehen der Beschäftigung nicht eintreten wird. Der fernere Verlauf der deutschen Wirtschaft wird davon abhängen, inwieweit die Kaufkraft der breiten Massen die gesteigerte Erzeugung aufzusaugen vermag. In Leipzig konnte man wieder einmal beobachten, wie viele schöne und nützliche Dinge die deutsche und die ausländische Industrie hervorbringt, die Millionen von Menschen weder besitzen oder auch nur gesehen haben. Der Lebensstandard der breiten Massen müßte sich noch ganz gewaltig heben, um all diese Erzeugnisse der modernen Technik aufnehmen zu können. Hierfür zu sorgen ist Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten.“

Rückgang im lothringischen Kohlenbergbau.

Auch Lothringen zeigt 1927 einen langsamen Rückgang in der Kohlenproduktion, wie folgende Tabelle zeigt:

Table with 5 columns: Förderung insgesamt, Kokserzeugung, Durchschn. Tagesförd., Gesamtbelegschaft. Rows for January to Juni, 1. Halbjahr 1927.

Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres betrug die Produktion von Kohle 4 Prozent, die von Koks 3 Prozent mehr. Der Schichtförderanteil betrug im Januar 1927: 611 kg, im Juni 575 kg.

Vom Wohnungselend.

Das vorläufige Ergebnis der preussischen Wohnungszählung vom 16. Mai 1927 wird bezeichnende Streiflichter auf das Wohnungselend. Haushaltungen, die keine Wohnung haben, gibt es in Berlin 6,9 Proz., in Köln 6,7, Breslau 7,4, Essen 7,8, Frankfurt a. M. 9,6, Düsseldorf 7, Hannover 11,1, Dortmund 8,8, Magdeburg 6,3, Königsberg i. Pr. 9,9, Duisburg 6,8, Stettin 8,9, Kiel 4,6, Bochum 7,8, Gelsenkirchen 10,6, Halle a. S. 8,6, Barmen 3,9, Altona 9,6, Kassel 8, Elberfeld 4,2, Erfurt 8, Aachen 3,3, Wiesbaden 6,4, Krefeld 1,1, Mülheim-Ruhr 5,7, Hamborn 14,3, Hindenburg 9, München-Gladbach 4,8, Münster i. W. 6,1, in Oberhausen 8,6 Prozent der Haushaltungen.

Daneben gibt es Familien, die weder über eigene Wohnung, noch über eigene Haushaltung verfügen. Sie leben eben mit anderen Familien zusammen. Auf je 100 Haushaltungen entfallen Familien ohne Wohnung und Haushaltung in Berlin 1,8, in Köln 2,2, Breslau 1,3, Essen 2, Frankfurt a. M. 2,3, Düsseldorf 1,9, Hannover 2,5, Dortmund 2,3, Magdeburg 2,3, Königsberg i. Pr. 1,4, Duisburg 2,9, Kiel 1,8, Stettin 2, Bochum 2, Gelsenkirchen 1,4, Halle a. S. 2,1, Barmen 1,6, Altona 2,3, Kassel 2,4, Elberfeld 1,9, Aachen 2,3, Erfurt 2,8, Wiesbaden 1,8, Krefeld 1,9, Mülheim-Ruhr 3,1, Hamborn 1,3, Hindenburg 1, München-Gladbach 2, Münster i. W. 1,3 und in Oberhausen 2,2 Proz.

Die mitgeteilten Zahlen geben einen Anhaltspunkt für den Wohnungsbedarf. Danach kamen auf je 100 Wohnungen Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung in Berlin 9,3, in Köln 9,5, Breslau 9,3, Essen 10,7, Frankfurt a. M. 13,1, Düsseldorf 9,6, Hannover 15,2, Dortmund 12,1, Magdeburg 9,2, Königsberg 12, Duisburg 10,3, Stettin 11,9, Kiel 6,7, Bochum 10,6, Gelsenkirchen 13,3, Halle a. S. 11,7, Barmen 5,8, Altona 13,1, Kassel 11,3, Elberfeld 6,3, Aachen 5,7, in Erfurt 11,7, in Wiesbaden 11,7.

Vom internationalen Kohlensyndikat

wurde Ende August aus Brüssel berichtet: Die Besprechungen über die Gründung eines internationalen Kohlensyndikats werden eifrig fortgesetzt. Es ist beabsichtigt, vorerst eine internationale Studiengesellschaft zu errichten, deren Tätigkeit sich auf einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch, auf eine Untersuchung der Lage des Kohlenhandels sowie auf eine Beobachtung der in den verschiedenen Ländern geltenden bergbaulichen Interessen erstreckt. An der Errichtung dieser Studiengesellschaft, an welcher sich wahrscheinlich Frankreich und England nicht beteiligen, werden teilnehmen: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Polen, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei.

Kein Antrag auf Kohlenpreiserhöhung zum 1. Sept.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat den Antrag zum 1. September erneuert. Es wollen den Antrag erst wiederholen, wenn »gewisse Erhebungen« abgeschlossen sind.

Konjunkturfördernde Tatsachen.

Die Deutsche Bank berechnet in ihrem letzten Monatsbericht, daß seit Ende 1926 1,3 Mill. Menschen wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet wurden, deren Einkommen und Verzehr dadurch wöchentlich um die Summe von 30 bis 40 Mill. Mk. größer wurde. Durch die Mehrbeschäftigung dieser Arbeitermassen wird die deutsche Kaufkraft an die 500 Mill. Mk. gehoben. Man braucht kein großes volkswirtschaftliches Licht zu sein, um zu erkennen, daß die Stärkung der Kaufkraft durch eine halbe Milliarde Mehrlohn in der deutschen Wirtschaft viel ausmacht. Wenn selbst die Deutsche Bank eine solche erfreuliche Steigerung der Kaufkraft anerkennt, dann kann es doch unmöglich ein Fehler sein, wenn die gegenwärtige Konjunktur durch generelle Steigerung der Massenkaufkraft erweitert und gestützt wird.

Anhaltende Steigerung der Lohnsteuer.

Die Lohnsteuer ist in den letzten Monaten anhaltend gestiegen. Sie erbrachte in den letzten Monaten in Millionen Mark: Februar 79,8, März 81,4, April 91,9, Mai 100,1, Juni 108,4, Juli 114,0. Diese Entwicklung ist einestheils aus der guten Beschäftigung zu erklären, andernteils wirken sich auch die eingetretenen Lohnerhöhungen in diesen Zahlen aus. Die Reichseinnahmen in den ersten vier Monaten des laufenden Steuerjahres betragen 2874 Mill. Mk., womit 711 Mill. mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Mit diesem Mehrertragnis waren die Lohn- und Massensteuern sehr stark beteiligt.

Um den Kohlenhandel

drehen sich Untersuchungen, die auf Drängen der Gewerkschaftsvertreter nach den letzten Preiserhöhungsdebatten das Reichswirtschaftsministerium vornimmt. Den Unternehmen schein diese Untersuchung überflüssig. Eine Korrespondenz der »Köln. Ztg.« vom 1. September weist darauf hin, daß lieber die Polizei durch Anhalten von Kohlenfuhrwerken mit Gewichts- und Sortenachprüfung den unsauberen Elementen im Kohlenhandel auf den Leib rücken sollte. Das scheint uns auch ganz angebracht, aber die generelle Untersuchung wird dadurch nicht überflüssig.

Die Lage im englischen Bergbau

tann richtig nur durch das eine Wort „Chaos“ gekennzeichnet werden. In der Woche vom 8. bis zum 13. Januar förderten 978 000 Bergarbeiter 5 211 700 To. Die Leistung pro Mann und Schicht betrug in dieser Zeit 0,95 To., so daß pro Schicht ungefähr 930 000 To. gefördert wurden. Es arbeitete also jeder Arbeiter pro Woche 5,61 Schichten. In der Woche vom 23. bis 30. Juli förderten 990 000 Bergarbeiter 4 836 600 To. Pro Schicht war das eine Förderung von 1 049 000 To. Es wurden also im Durchschnitt von jedem Arbeiter nur noch 4,11 Schichten gearbeitet. Die Beschäftigung ist nun in den verschiedenen Bezirken verschieden. Einzelne Reviere feiern pro Woche 3 und 4 Schichten, z. B. Schottland, andere arbeiten voll. Dazu keine Aussicht auf Besserung, dazu Differenzen unter der Arbeiterschaft. Aus allen Mitteilungen spricht eine Mutillofigkeit, ein gegenseitiges Unlagen. Nirgends findet man Anzeichen dafür, daß die Beurteilung der Entwicklung irgendwie einheitlich wäre. Charakteristisch für die Situation ist eine Bemerkung in der von Mr. Straker, dem Generalsekretär der Bergarbeiterorganisation von Northumberland, herausgegebenen Monatschrift für seinen Bezirk. Es heißt darin:

„Er sei nicht ohne Hoffnung, daß bis Ende dieses Jahres die verlorenen Märkte wieder zurückzugewinnen sind, aber jeder Bergmann sollte aus Eigenem oder in Verbindung mit der Betriebsleitung alles tun, was getan werden kann.“

Mr. Cook sagt den Bergarbeitern:

„Sie sollten in der gegenwärtigen Zeit weder die Nationalisierung unterstützen, noch dagegen arbeiten. Sie hätten keine Veranlassung zu leiden, wenn die Gruben reorganisiert werden.“

Am besten wird der Situation eine Notiz gerecht, die der kommunistische „The Mineworker“ bringt. Er schreibt unter der Ueberschrift: „Mehr Vertrauen in Kohle“ folgendes:

„Der Bergwerksminister Colonel Lane-Fox äußerte in der Debatte über die Kohlenindustrie am 12. Juli d. J. im Unterhaus: „Wir haben erwartet, daß nicht nur Zusammenschlüsse und das Aufgehen von Werken in anderen möglich sind, sondern wir hoffen und wünschen, daß ein Mann instande sein wird, durch moralischen Zwang die Unternehmer zum Zusammenschluß zu bringen nach einem Schema, welches den Interessen des Landes dient... Bereits jetzt sind vier Zusammenschlüsse bekannt geworden und von Bestrebungen, weitere Zusammenschlüsse zu erreichen, haben wir Kenntnis. Einzelheiten zu geben ist nicht möglich, aber eine Menge Projekte werden verhandelt und diskutiert... Eine große Zahl von Grubenbesitzern beschäftigt sich mit diesen Fragen sehr ernsthaft...“

Das kommunistische Organ bemerkt hierzu: „Lane-Fox spielt offenbar den kleinen Jungen, der erzählt, was ihm die große Kohlentante sagt. Seine Ausführungen lassen die Politik der großen Grubenbesitzer klar erkennen. Die kleinen Grubenbesitzer sollen durch die niedrigen Kohlenpreise zum Bankrott gebracht werden, ebenso werden hierdurch die Löhne heruntergebracht, und die Regierung Baldwin unterstützt diese Ertrugulierung der kleinen. Massenarbeitslosigkeit wird ganz sicher die Folge dieser Zustände sein.“

Im Monat Juli ist eine Vereinbarung zwischen Regierung und Unternehmern zustande gekommen, nach welcher die Grubenbesitzer verpflichtet werden, vom 1. August 1927 an, gültig für die Dauer von 2½ Jahren, keine Einstellungen von Arbeitern im Alter von über 18 Jahren vorzunehmen, die nicht bereits vor dem Streik 1926 im Bergbau beschäftigt gewesen sind.

Die Zerplitterungsarbeit durch den Spencerverband geht weiter. Der von Mr. Havelock Wilson geführte Seemannsverband hat beschlossen, der Spencervereinigung 10 000 Pfd. Sterling = 200 000 Mk. zinslos zu leihen. Der Beschluß war mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden. Außerdem hatte dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden. Von mehreren Mitgliedern des Seemannsverbandes war deshalb beim Gericht ein Einhaltsbefehl gefordert worden, der die Auszahlung verbot. Das Gericht hat diesem Antrage entsprochen, bis es die Rechtmäßigkeit des Beschlusses nachgeprüft hat.

Der Seemannsverband ist bekanntlich schon 1926 den englischen Kameraden in den Rücken gefallen. Aus beschämte man, daß wir nicht jeden Transport kontinentaler Kohle nach England verhindern konnten, Wilsons Seelensteine führen die Kohle hinüber und transportierten sie weiter! Die Unternehmerblätter freuen sich natürlich über die Arbeit von Wilson und Spencer und bringen enthusiastische Berichte über ihre Versammlungen. Aber die englische Organisation wird auch diese Zeit überwinden.

Französische Kameraden im Ruhrgebiet.

Vom französischen Bergarbeiterverband beauftragt, weilte eine Kommission, bestehend aus den Kameraden: Verbandsvorsitzender C u i n t i n, Generalsekretär M o s j y, dem Deputierten M a c s und dem Redakteur C o i n e, eine Woche im Ruhrgebiet, um die Auswirkungen der Nationalisierung auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Ruhrgebiet zu studieren. Die französischen Kameraden folgten, nachdem sie der Hauptverwaltung unseres Verbandes einen Besuch abgestattet und die Räumlichkeiten unserer Zentralverwaltung besichtigt hatten, u. a. auf der Zeche S h a m r o c k ein. Des weiteren besichtigten sie die Ruhrknappschaft, das Bochumer Bergbaumuseum, das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat in Essen und den Konsumverein „Wohlfahrt“ in Bochum. Einen Tag widmeten sie der Besichtigung von Bergarbeiterkolonien in verschiedenen Teilen des Ruhrreviers.

In kohlenwirtschaftlicher Beziehung sind die französischen Bergarbeiter vor wesentlich andere Aufgaben gestellt als wir in Deutschland. Frankreich muß jährlich über 20 Mill. To. Kohle einführen, während wir für einen beträchtlichen Teil unserer Produktion im Auslande Absatz suchen müssen. Trotzdem tobt auch auf dem französischen Kohlenmarkt ein wilder K o n k u r r e n z k a m p f. Aber Frankreich kann auf geistlichen Wege die Kohleneinfuhr beschränken, wenn die Anzeichen für ein Dumping vorliegen. Aus diesen Gründen erklären sich, wie uns die französischen Kameraden versicherten, die erst unlängst in Frankreich vorgenommenen Einfuhrbeschränkungen für englische Kohle. Uns als Kohlenausfuhrland sind freilich derartige Mittel — die wir ja auch, wie die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder, grundsätzlich für unerwünscht halten — nicht gegeben. Um so mehr ist es notwendig, durch t e c h n i s c h e V e r v o l l k o m m e n u n g e n zu versuchen, die Selbstkosten zu verbilligen, um im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können. So fiel denn auch unseren französischen Kameraden die fortgeschrittene Technisierung unserer Gruben bald auf. Dieselben Methoden jedoch auf den französischen Bergbau zu übertragen, erklärten sie infolge der Verschiedenheit der geologischen Verhältnisse als kaum möglich. Auch auf kaufmännischem Gebiet, also im Kohlenabatz, müssen wir aus Gründen der Markterhebung und der Kostenersparnis alle Kräfte konzentrieren. Für das Ruhrrevier ist das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat das Herz dieser Funktionen. In Frankreich gibt es kein Kohlentartell. Dort herrscht ungezügelter Konkurrenzkampf, auch innerhalb der heimischen Produktion. An Schärfe ist dieser aber wohl kaum mit den Preiskämpfen zu vergleichen, die sich hier bei völlig unge-

bundener Kohlenwirtschaft abspielen würden. Denn — wie oben schon erwähnt — Frankreich ist Kohleneinfuhrland und leidet nicht, wie wir, an Uebersproduktion. Unserem Einfluß auf die Preisgestaltung der Kohle zollten die französischen Kameraden gern ihre Achtung.

Der wichtigste Produktionsfaktor im Bergbau haben wir drüben ist der Mensch. Und seine Pflege ist im besonderen dem Gewerkschaftsführer anvertraut. Hier ist der innigste Konnex von Bergleuten, auch wenn sie verschiedene Sprachen sprechen, zu finden. Die Versorgung des deutschen Bergmannes bei Krankheit, Invalidität und Alter unseren französischen Kameraden klarzumachen, war infolge unseres verzweigten Versicherungssystems nicht gerade leicht. Aber es gelang unter der sachlichen Leitung eines Herrn der Ruhrknappschaft, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung hat Frankreich in ähnlicher Form wie wir, aber keine besondere Knappschaftsversicherung. Der französische Berginvalide steht mit seiner Rente ungefähr unseren Tagesarbeitern gleich. Natürlich sind auch seine Versicherungsbeiträge entsprechend geringer als die des deutschen Untertage-Bergmanns.

Auch die deutschen Bergarbeiteriedlungen zu besichtigen war für unsere französischen Kameraden von großem Interesse. In Gerthe, Darpen, Fern und Heddinghausen nahmen sie Gelegenheit, Zeichen- wie auch Siedlungsolonien zu besuchen. „Die Wohnverhältnisse sind recht gut und zum großen Teil vorzeilhafter als bei uns, nur erscheinen uns die Mieten etwas hoch“, sagte uns einer der Kameraden. In Frankreich genießt der Bergmann die Segnungen des Gesetzes Ribot, nach dem jeder Eigentümer eines Grundstücks ein Darlehen zum Wohnungsbau erhält, das als Miete abgetragen wird. Unseren Bergmannsfrauen wird gewiß das Urteil unserer ausländischen Gäste über die besichtigten Wohnungen »très propre« (sehr sauber) Freude machen.

Der Lohn im französischen Bergbau schwankte, wie auch die Preise infolge der unsteten Valutabewegung, in den letzten Jahren und Monaten stark. Die Löhne der Untertagebelegschaft betrugen im April d. J. im Durchschnitt 30—40 Frank pro Schicht. Das wäre nach deutschem Gelde 5 bis 6 Mk. und darüber. Ein Vergleich ist aber wegen der verschiedenartigen Kaufkraft kaum möglich. Auch in Frankreich gibt es einen „Soziallohn“. Zwar keine Frauenzulage, aber für das erste Kind 1 Fr., für das zweite 1,50 Fr. das dritte und jedes weitere Kind 2 Fr. Die Arbeitszeit unter Tage beträgt 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für die Gesamtbelegschaft. Also um 6 Uhr fährt der erste Korb hinunter und um 2 Uhr der letzte nach oben. Hier stehen die französischen Kameraden etwas günstiger als wir im Ruhrrevier.

Unsere französischen Kameraden verlassen das Ruhrgebiet, wie sie sagten, mit dem Gefühl, viele Anregungen erhalten zu haben. Unseren Einfluß auf die Knappschaftsverwaltung, die Siedlungsgenossenschaften und die Gemeinwirtschaftsverbände empfanden sie als bedeutsame Fortschritte verantwortungsvoller demokratischer Selbstverwaltung. Von hier fuhr die Delegation in das Nachener Kohlenrevier, um dort ihre Studien fortzusetzen. Wenn Abschied batem sie uns, den deutschen Kameraden Glückwunsch und Gruß zu bestellen, eine Bitte, die wir auf diesem Wege gern erfüllen.

Gewerkschaften und Religion.

In „Echo der Gegenwart“, einem Nachener Zentrumsblatt, finden wir eine Notiz, die sich gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ wendet: „Das wahre Gesicht der freien Gewerkschaften“.

Danach sollen die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch und religionsfeindlich sein. Daß der Bergarbeiterverband davon keine Ausnahme mache, sucht das Blatt an einigen Beispielen zu beweisen. So wurde in Nr. 33 („Der heilige Kampf ums Recht“) berichtet von der Umfrage des Pfarrers Dr. P i e t h o w s k i aus Neufölln, der an Hand von 5000 Fragebogen die Stellung sozialistischer und kommunistischer Arbeiter zur Religion erkunden wollte. Wir haben in dem betreffenden Artikel nur kurz über diese Umfrage berichtet, ohne in irgend einer Weise gegen die Religion Stellung zu nehmen. Recht wenig begründet scheint uns deshalb der folgende Angriff des Blattes auf unsere Organisation:

„Unseres Erachtens irrt sowohl die „Bergarb.-Ztg.“ als auch der Fragesteller. Bei der letzten Volkszählung haben mehr als 15 Prozent des deutschen Volkes sich öffentlich und schriftlich für ein christliches Bekenntnis, also für das Christentum erklärt. Jedermann weiß, daß in Deutschland die arbeitende Masse den größten Prozentatz des deutschen Volkes darstellt. Also müssen auch in der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften große Massen von Mitgliedern sein, die bei der letzten Volkszählung sich öffentlich und schriftlich zum Christentum bekannt haben. Hoffentlich wird diesen Leuten bald ein Licht aufgehen, daß sie ihre Organisation wegscheln und sich einer christlichen Gewerkschaftsbewegung anschließen müssen. Die Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaftsorgane ist in der letzten Zeit so offensichtlich, daß ein christlich gesinnter Arbeiter es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, einer solchen religionsfeindlichen Organisation anzugehören.“

Mit dem „öffentlichen und schriftlichen Bekenntnis“ ist es so eine eigene Sache. Wenn jemand auf dem Revisionskandzettel ausfüllt, daß er evangelisch oder katholisch getauft ist, so beweist das noch nicht, daß er nun wirklich auch überzeugter Anhänger dieser Religionsgemeinschaften ist. Gewiß sind in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie viele religiös eingestellte Leute. Gibt es doch verschiedene Organisationen religiöser Sozialisten, die Sozialismus und Christentum miteinander zu verbinden suchen. Ihnen wird in der sozialdemokratischen Partei nichts in den Weg gelegt, und noch weniger kümmern sich die Gewerkschaften um die Religion ihrer Mitglieder. Sie ist den Gewerkschaftsorganisationen völlig gleichgültig, sie fragen ihre Mitglieder nicht danach, sondern sie verlangen von ihnen nur, daß sie unbeschadet ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkennen und sich dementsprechend betätigen. Es besteht deshalb für einen religiösen Menschen kein Anlaß, aus den freien Gewerkschaften auszutreten.

In einer zweiten Notiz beschäftigt sich das Zentrumsblatt mit einer Notiz in derselben Nummer der „Bergarb.-Ztg.“, die sich gegen die Einführung des Religionsunterrichts in die Berufs- und Fortbildungsschulen wendet.

„Die christlichen Gewerkschaften wissen ganz genau, daß eine sittliche und soziale Erneuerung des Volks- und Wirtschaftslebens nur auf der Grundlage wahren Christentums möglich ist. Daß die freien Gewerkschaften die christlichen Grundzüge ablehnen, ist ja allgemein bekannt. Es ist aber zur Aufklärung weiter Kreise immerhin beachtenswert, wenn es in dieser klaren und unmissverständlichen Form, wie es in der „Bergarb.-Ztg.“ geschieht, zum Ausdruck gebracht wird.“

Wir wiederholen dazu klar und deutlich unsere Meinung, daß in die Berufs- und Fortbildungsschule kein Religionsunterricht hineingeht. Dort sollen die jungen Leute in ihrem Beruf ausgebildet werden, der junge Bergmann soll die Gefahren seines Berufs und ihre Bekämpfung kennen lernen. Wenn er

das Bedürfnis nach religiöser Unterweisung hat, so soll er es außerhalb der Schule befriedigen. Dieser unser Standpunkt hat mit Religionsfeindlichkeit gar nichts zu tun. Was die politische Stellung der freien Gewerkschaften anbelangt, so sind sie nicht parteipolitisch gebunden. Sie stehen zur sozialdemokratischen Partei in einem ähnlichen Verhältnis, wie die christlichen Gewerkschaften zur Zentrumspartei, nur mit dem Unterschied, daß die christlich organisierten Arbeiter und ihre Führer um Anerkennung im Zentrum noch ringen müssen, während die freien Gewerkschaften die sozialdemokratische Partei entscheidend beeinflussen.

Am dem Stand dieser Dinge ändert man durch Votum nichts. Wir werden unseren Weg weiter gehen und wünschen nur, daß auf der Gegenseite sich die Entwicklung im Sinne politischen und wirtschaftlichen Fortschritts noch rascher vollziehen möge wie bisher. Es gibt so viele Fragen, die gemeinsam von allen Arbeitern gefördert werden müssen, daß Spaltungsvorläufe jeder Art zum Schaden der Arbeiter sind.

Ein Landesarbeitsamt Ruhrbezirk?

Ämtlich wurde durch W.Z. mitgeteilt:

„Durch die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wurden mehrfach Nachrichten verbreitet, wonach die Bildung eines Landesarbeitsamtes Ruhrbezirk auf Grund des neuen Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine beschlossene Sache sei. Diese Nachrichten sind unrichtig. Es ist weder beim Oberpräsidium der Provinz Westfalen noch bei der Westfälischen Provinzialverwaltung irgend etwas von „Vorlagen der Provinzialbehörden, die auf die Neuenteilung der Landesarbeitsbehörden hinzielen“, bekannt. Auch die maßgebenden Wirtschafts- und Berufsverbände stehen dem Gedanken durchaus ablehnend gegenüber, weil durch ein derartiges Landesarbeitsamt ein zusammenhängender Arbeitsmarkt, wie ihn der Ruhrbezirk mit seinen ausgebreiteten Randgebieten (Textilindustrie, Kleinfleischindustrie, Landwirtschaft, Nahrungs- und Genussmittelindustrie usw.) bildet, zerstört würde. Während der Arbeitsmarkt des Ruhrbezirks an sich der unsicherste und schwächste Arbeitsmarkt des Deutschen Reiches ist, haben die mannigfachen Ausgleichsgelegenheiten, die sich aus der verschiedenartigen Wirtschaftsstruktur des Landesarbeitsbezirks Westfalen und Lippe ergaben, es ermöglicht, daß infolge der Zufälligkeit eines Landesarbeitsamtes die Erwerbslosigkeit in Westfalen und Lippe (die Nationalisierungsperiode Winter 1925/26 angenommen) stets unter dem Reichsdurchschnitt lag. Das ist für die Beiträge in der Arbeitslosenversicherung von der allerwichtigsten Bedeutung. Der Vertrag der Arbeitslosenversicherung besteht nämlich aus einem Reichsteil und einem Landesanteil (für den Bezirk des einzelnen Landesarbeitsamtes). Der Landesanteil (für den Bezirk des einzelnen Landesarbeitsamtes) kann in Zeiten günstiger Wirtschaftslage herabgesetzt werden. Ein Landesarbeitsamt Ruhrbezirk würde niemals in der Lage sein, seinen Landesanteil zu senken, weil in Zeiten günstigen Wirtschaftsganges der Reichshöchsthöhe so niedrig festgesetzt wird, daß für eine Eigenwirtschaft mit dem Landesanteil kein Spielraum mehr bleibt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrbezirks würden daher bei Schaffung eines Landesarbeitsamtes Ruhrbezirk stets mit dem jeweils festgesetzten Reichshöchsthöhebeitrag belastet werden, während agrarische und wirtschaftlich gemischte Bezirke den Vorteil einer günstigen Sonderkonjunktur durch Senkung des Landesanteils erzielen können. Der Sachverständige der „Rhein.-Westf. Ztg.“ verkennt diese Rechtslage und führt die öffentliche Meinung durch Hinweis auf Ausgleichsklassen wegen Abänderung des auch von ihm nicht bestrittenen ungünstigen Risikos des Ruhrbezirks in der Arbeitslosenversicherung irre.

Der Hinweis auf die Sachabteilung Bergbau in Bochum ist falsch. Die Sachabteilung für den Bergbau in Bochum hat vielmehr um deswillen gute Erfolge erzielt, weil sie sich als Abteilung des westfälischen Landesarbeitsamtes unmittelbar mit dem ausgebreiteten Hinterlande des Ruhrbezirks in Verbindung setzen konnte.

Aus dieser Sachlage und insbesondere daraus, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht geneigt sein werden, ständig die höchsten Beitragslasten in der Arbeitslosenversicherung auf sich zu nehmen, nur weil aus bekannten Sonderbestrebungen heraus die Begründung eines Landesarbeitsamtes Ruhrbezirk betrieben wird, erhellt der sachliche Wert und die wahre tatsächliche Bedeutung der verbreiteten behauerlichen Tendenznachrichten.“

Wir haben dieser Mitteilung nichts hinzuzufügen, da sie der Auffassung unseres Verbandes entspricht.

Entscheidung des Tarifausschusses für den Ruhrbergbau.

In der letzten Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ haben wir die Entscheidung des Tarifausschusses über die Frage, ob für Allerheiligen Aufschlag zu zahlen sei, mitgeteilt. Dabei ist im dritten Absatz unter „Gründe“, dritte Zeile von unten, ein Druckfehler entfallen. Es muß „§ 3“ des Tarifvertrages anstatt „§ 2“ heißen. Wir bitten die Kameraden, dieses zu berichtigen.

Gleichzeitig wollen wir noch die Entscheidung des Tarifausschusses, die unter dem Vorsitzenden Oberlandesgerichtsrat Dr. J o e t t e n am 12. August zum Begriffe „durchgehende Betriebe“ gefaßt wurde, mitteilen:

„Als „durchgehend“ im Sinne von Ziffer 2c des Mehrarbeitsabkommens vom 28. März 1927 gelten Betriebsabteilungen und Arbeitsstellen, die infolge der Erfordernisse des Betriebes in der Regel Tag und Nacht besetzt sein müssen. Daß in solchen Abteilungen oder an solchen Arbeitsstellen die Arbeit Samstags oder Sonntags unterbrochen wird, schließt die Eigenschaft des durchgehenden Betriebes nicht aus. — Diese Entscheidung erging einstimmig.“

Der Vorsitzende hob bei der Formulierung der Entscheidung hervor, daß im Einzelfalle, in dem die Gerichte zu entscheiden hätten, zu prüfen und das Hauptgewicht zu legen sei auf die Worte „die infolge der Erfordernisse des Betriebes in der Regel Tag und Nacht besetzt sein müssen.“ Auch das Arbeitsgericht in Märs nahm im Urteil vom 22. August 1927 auf die Worte der Tarifausschussentscheidung Bezug und entschied gegen die Zeche Rheinbreußen, daß die Kreisfäbr kein durchgehender Betrieb im Sinne der Ziffer 2c des Mehrarbeitsabkommens vom 18. März 1927 ist.

Berufsgenossenschaft und Politit.

Zu Bescheiden an Versicherte der Sektion VI der Knappschafts-Berufsgenossenschaft sind in der letzten Zeit mehrfach Flugblätter „Kriegsflugblätter und Völkerverbund“ beigelegt worden.

Ohne auf den tendenziösen Inhalt des Flugblattes, dem nicht, gar nichts von der Schuld deutscher Imperialisten am Weltkrieg bekannt ist, näher einzugehen, möchten wir die Auffichtsbekörde fragen, ob die Beilage irgendwelcher politischen Flugblätter zu den Aufgaben der Berufsgenossenschaft gehört?



Sind wir frei?

„Ich kann doch machen was ich will!“ Wer kennt nicht dieses gefällige Trugwort des unorganisierten Arbeiters? Meist hört man es als letzte Ausrede bei der gewerkschaftlichen Agitation. Wenn alle fadenscheinigen Gründe des Unorganisierten durch logisches Tatsachenmaterial widerlegt sind, dann pocht der Unorganisierte auf seine Willensfreiheit, auf sein Recht freier Selbstbestimmung.

„Ich kann machen was ich will!“ Stimmt diese Behauptung? Keineswegs! Als Staatsbürger — und das sind wir alle — sind wir in unserem Tun nicht nur an Recht und Gesetz hinsichtlich aller strafbaren Handlungen gebunden, die Rechtsordnung greift auch zwingend in andere Lebensbereiche ein und bürdet uns Verpflichtungen auf. So bestand z. B. bis Ende des Krieges für jeden Deutschen männlichen Geschlechts die Militär- und Kriegsdienstpflicht. Heute ist es besonders die Steuerpflicht, die neben vielem anderen uns die staatsbürgerlichen Pflichten zum Bewußtsein führt.

Das Recht des Staates zu diesem Eingriff in das persönliche Leben besteht darin, daß der Staat als sozialer Verband die Mitglieder nach außen, d. h. gegenüber anderen Staaten schützt und nach innen deren Zusammenleben durch eine Rechtsordnung, z. B. durch das Eigentumsrecht, regelt. Der Staat ist also im gewissen Sinne ein besonderer Verband, der die sozialen Interessen seiner Mitglieder wahr. Als Entgelt für diesen Schutz fordert der Staat vom Einzelnen Dienste und Leistungen vorgegebener Art.

Weshalb wie im staatlichen ist es auch im wirtschaftlichen Leben. Wer will da behaupten: „Ich kann machen was ich will?“ Der Unternehmer als der Besitzer ist abhängig von seinen Kunden und seinen Lieferanten, von der Preis- und Marktlage. Er ist abhängig vom Arbeitgeberverband und vom Kartell. Und schließlich ist er gebunden durch Arbeits- und Tarifverträge, die er nicht willkürlich umgehen kann.

Nachdem der Unternehmer als der wirtschaftlich Stärkere schon stark gebunden ist, wird es jedem Einsichtigen klar, daß der abhängige Arbeiter sich am wenigsten seiner Freiheit rühmen kann. Welcher Arbeiter kann z. B. eigenmächtig den Beginn und Schluß sowie die Dauer seiner Arbeitszeit bestimmen? Welcher Arbeiter bestimmt nach eigenem Willen die Höhe seines Lohnes? Wo ist der einzelne Arbeiter, der hohen Verdienst und damit die Verteuerung seines täglichen Brotes verhindern? Wo ist der allmächtige Arbeiter, der durch seinen Willen allein die Regelung zu einem Arbeitspausenpausen oder zu einem Lohnschleuderspruch zwingt? So könnte man stundenlang weiter fragen. Jeder ehrliche Arbeiter müßte dabei eingestehen, daß die Behauptung: „Ich kann machen was ich will“, ein großer Selbstbetrug ist.

„Es sind nicht mehr private Angelegenheiten, die sich bei Abschluß der Verträge über Arbeitsverhältnisse abspielen, es sind öffentliche Angelegenheiten geworden, von denen das Volk aufs stärkste ergriffen wird“ — heißt es in einem Jahresbericht der deutschen Arbeitgeberverbände. Damit wird sehr richtig ausgedrückt, daß der gesellschaftliche Zusammenhang nicht mehr die Sache der einzelnen Wirtschaftler, noch die des einzelnen Unternehmers, sondern eine Angelegenheit zwischen Organisationen ist. Die beruflichen Organisationen der Arbeiter sind die Gewerkschaften. Sie sind als soziale Mächte berufen, die Interessen zu vertreten, die der einzelne nicht unmittelbar vertreten kann. Insofern ist auch jeder Arbeiter mit seinem Schicksal und Freiheitsstreben wollen an die Gewerkschaften gebunden. Nur durch sie kann er gemeinsam mit seinen Kameraden seinen Willen nachdrücklich geltend machen, während ein unorganisierter Schwärmer mit der verlogenen Ausrede: „Ich kann machen was ich will“, in Wirklichkeit nichts tun kann. Da wir bis heute noch kein höheres Zwangsmittel haben, die „Freiheitsrechte“ der Unorganisierten zu brechen, bleibt nur das moralische Gebot, das Ludwig Börne treffend formuliert, indem er sagt:

„Es gibt keinen Menschen, der nicht die Freiheit liebt. Aber der Gerechte fordert sie für alle, der Ungerechte nur für sich allein.“

Wie ist die Jugend organisiert?

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände hat statistisches Material gesammelt, das eine gute Uebersicht über alles Zahlenwerte aus der Jugendbewegung bietet. Da das selbe von allen zuständigen Stellen stammt, ist es ziemlich zuverlässig. Im deutschen Reich gibt es 8,1 Mill. Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren und 6,2 Mill. von 18 bis 21 Jahren. Durch die Erhebungen des Reichsausschusses wurden 9,1 Mill. Jugendliche erfasst, von denen 3 640 000 oder 40 Proz. dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände angehören. Von den 9,1 Mill. Jugendlichen waren 4,6 Mill. männliche, von denen 2,45 Mill. im Reichsausschuß organisiert sind, während bei 4,5 Mill. weiblicher nur 1,15 Mill. einem Bund angehören. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Organisation der weiblichen Jugend weit schwieriger ist.

Eine weitere Berechnung über die Zugehörigkeit der Jugend zu den einzelnen Bünden ergab 4 135 797 organisierte Jugendliche, von denen 595 000 evangelischen Jugendbünden, 881 121 katholischen Vereinigungen und 4750 jüdischen Bünden angehören. Diese 1 480 871 von der Kirche getauften Jugendlichen stehen 531 294 in weltlichen Verbänden zusammengegliedert gegenüber. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 56 000 soz. Arbeiterjugend, 44 000 anderer politischer Jugend, 401 000 Berufsständigen (Gewerkschaften) und 29 755 Angehörigen des Bundes für Jugendbewegung. Außerdem zählt man 1 579 563 Jugendliche in den Verbänden für Sport- und Leibesübungen und 540 000 in Verbänden mit den verschiedensten Bestrebungen.

Aus diesen Zahlen ersehen wir, daß die Jugend in den Gewerkschaften sehr schwach vertreten ist und daß die Kirche die meisten Jugendlichen in ihrer Obhut hat.

Vorspruch zum 25. Jahrestag einer Zahlstelle.

Wir feiern heute jene Stunde,
Die einst die Wurzeln unsrer Kraft
Zusammenschloß zu einem Bunde
Der hilfsbereiten Bruderschaft.
Die Stunde, fünf mal fünf erneuert,
Ist heut in Silber eingefaßt,
Von der Erinnerung befeuert,
Sei sie uns heute Freund und Gast.

Sie sagt uns, welche Not wir litten,
Wie frech man unsern Fleiß bestahl.
Sie sagt uns, wie fürs Recht wir stritten
Mit dem brutalen Kapital.
Sie plaudert von den Niederlagen,
Von Leiden, die sie uns gebar,
Und gibt uns Kunde von den Tagen
Des Kampfs, des Siegs und der Gefahr.

Verlassen war die Schar der Knappen,
Als jeder seiner Wege ging,
Als jeder schon für große Happen
Behorjam war dem Herrenwink.
Da trat kein Mannesmut entgegen
Der Willkür und dem Büttelhohn,
Den an den dunklen Züchtelbogen
Stand die Denunziation.

Da durfte noch sein Mütchen kühlen
Am Kumpel jeder Zechenar,
Da durfte er noch Fangball spielen
Mit geben, der nicht wichtig war.
Vergebens stand vor Zehntoren
Der „rote Hecker“ vom Verbände,
Er blieb geächtet und verloren,
Wenn er auf schwarzer Liste stand.

Victor Kalinowski

Da galt es, jede Kraft zu sammeln
In einen felsenstarken Ring,
Wir durften nie um Gnade stammeln,
Weil es um unser Dasein ging.
Trotz Druck und Terror auf den Zechen,
Ging unsre Garde ins Gefecht,
Um eine Gasse durchzubrechen
Für unsre Freiheit, unser Recht.

So wars vor fünfundzwanzig Jahren,
Als unter uns trotz Nacht und Bann
Zum Wohl der unterdrückten Scharen
Sein Wirken der Verband begann.
In Nöten und in Kümernissen
Gab er uns Rückhalt, Schutz und Dach
Und hob uns aus dem Ungewissen,
Als er den Damm der Knechtschaft brach.

Nur der Verband kann uns erstreiten,
Was man uns dreist noch vorenthält!
Nur der Verband kann uns bereiten
Ein Dasein, das auch uns gefällt!
Nur im Verband ruht unsre Stärke,
Nur im Verband ruht unsre Macht,
Denn seine Kämpfe, seine Werke
Befreien uns aus Not und Nacht!

Gedankt sei auch den Subilaren,
Den Gründern unsres Ortsvereins,
Die unsre Pioniere waren
Und Wegbereiter unsres Seins.
Und wir geloben, dem Verbände
Die Treu zu halten allezeit,
Damit auch unserm Bergmannsstande
Die Lebensfreude recht gedeiht!

Säen und ernten.

Wenn wir jetzt bei unseren Sonntagswanderungen durch die Felder streifen und die in langen Reihen aufgestellten Kornstiegen sehen oder hier und da die schon frisch gezogenen Furchen auf den Stoppelfeldern, merken wir recht deutlich, daß der Herbst nicht mehr fern ist. Und wer mehr sieht als die bloßen Kornstiegen und die kahlen Stoppelfelder, wer den Landarbeiter, den Bauer sieht, der in harter Arbeit der Mutter Erde wieder einmal die Früchte abgerungen hat, den überkommt ein freundliches Gefühl der Pflichterfüllung.

Was uns jungen Gewerkschaftern dabei besonders bewußt wird, ist der sichtliche Erfolg des Schaffens und Ringens. Wie man sich bettet, so schläft man, je mehr Mühe und Besonnenheit man auf ein Werk verwendet, um so größer und sicherer wird der Erfolg sein. Das einfache Sprichwort vom „Sichbetten“ kann man überall sowohl bei dem Einzelmenschen, als auch bei einer Gesellschaftsklasse oder bei einem Staatsvolk anwenden. Wie die Arbeiterklasse ihr soziales und politisches Geschick bestimmt, so wird ihre jeweilige Lage sein. Jeder Mensch, der nicht selbst sein Geschick zu meistern versucht, wird zum Sklaven anderer. Genau so erging es der Arbeiterschaft, trat sie nicht als eine organisierte Masse auf, um sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Leider ist diese Lebensweisheit vielen Arbeitern noch nicht klar geworden. Um meisten mangelt die Erkenntnis dieser Dinge bei der heranwachsenden Jugend, die sich um die Erlangung besserer Lebensbedingungen recht wenig kümmert.

Der allergrößte Teil der Jugend hat nur Sinn für irgendeinen Sport und nimmt die Verbesserungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die ihre organisierten Arbeitskollegen kämpfen, als eine Selbstverständlichkeit. Vollständig fremd wächst diese Jugend neben den Organisationen heran. Es kann aber auch kaum anders sein. Wo wird heute z. B. noch in den Betrieben viel über die Arbeiterorganisationen und deren Erfolge gesprochen? Den Nachteil hat die Revolution für uns gebracht, daß wir die kleinen Erfolge nicht mehr zu schätzen wissen. Dafür wußten wir aber auch mit den großen Erfolgen nichts anzufangen, waren den Aufgaben und Pflichten, die uns daraus entstanden, nicht gewachsen. Wie muß die Arbeiterschaft z. B. ihr freies Wahlrecht aus? Sie wählt ihre Gegner.

Ein weiteres Moment für die Nichtbeachtung gewerkschaftlicher Erfolge ist die nicht so öffentliche Anteilnahme des Arbeiters an den Wirtschaftskämpfen. Dadurch, daß der Arbeiter heute nicht direkt auf den Kampfplatz tritt, entsteht in ihm jenes Gefühl, als käme alles von selbst. Der Kampf ist heute eben ein anderer geworden. Er wird mit feineren, aber nicht minder schneidigeren Waffen geführt. Nichtsdestoweniger brauchen wir darum starke Organisationen. Oder tun es unsere Gegner nicht, indem sie sich zu gewaltigen Trübs, Kartellen und Arbeitgeberverbänden zusammenschließen? Von ihnen können wir manches lernen. Wie geschieht verstehen sie es z. B. in ihren Bergwerksgemeinschaften, in den Lehrlingsvereinen und in den Lehrkameradschaften, die das theoretische Unterrichts in den Lehrkammeradtschaften, die Jugend für sich zu gewinnen! Das Wort von der Gewinnung der „Seele des Arbeiters“ ist bei ihnen nicht Phrasen geblieben, sondern sie geben allen Ernstes daran, neben dem Körper des Arbeiters auch noch seinen Geist zu verflaven.

„Wir müssen den Arbeiter dahin bringen, daß er sich geistig und körperlich mit dem Betrieb und dem Unternehmen verwaschen fühlt, erst dann wird er seines Schaffens froh und glücklich werden.“

schreibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“. Das wollen auch wir, daß der Arbeiter als lebendiger Mensch in seiner Arbeit steht, aber wir wissen, daß dieses Ziel nie erreicht wird, solange wir nicht den gerechten Anteil an unserer eigenen Arbeit haben. Wie kann der Arbeiter seines Schaffens froh werden, wenn er für einen geringen Lohn bei langer Arbeitszeit und kurzem oder gar keinem Urlaub fronen muß, während die übrigen Gesellschaftsklassen ein luxuriöses Dasein führen? Wie kann ein Arbeiter zufrieden werden, wenn er weiß, daß der Generaldirektor seines Unternehmens 180 000 Mk. jährlich, oder 600 Mk. täglich — wie es beim Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke der Fall ist — Gehalt bezieht, während er für einige Mark jeden Tag arbeiten muß? Doch darüber schweigt die „Bergw.-Ztg.“. Aber auch der Arbeiter spricht im Betrieb nur noch selten über solche Ungerechtigkeiten.

Aus alledem haben wir zu lernen, unsere Schlüsse zu ziehen. Als jungen Gewerkschaftern erwächst uns die Pflicht, überall dort aufzutreten und in die Agitation zu springen, wo sich uns Gelegenheit bietet, im Betrieb, in den Lehrlingswerkstätten und Lehrkameradschaften, in den Sportvereinen, in jener Woche gemacht. Kammerad, was hast du getan? Für den Bauer ist die Erntezeit zugleich Saatzeit. Auch wir müssen säen! Darum wollen wir agitieren!

Ein jeder Wunsch...

Wonach du sehnlich ausgeschaut,
Es wurde dir beschieden,
Du triumphierst und jubelst laut:
„Jetzt hab' ich endlich Frieden!“
Ach, Freunde, rede nicht so wild,
Besähme deine Zunge.
Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt,
Kriegt augenblicklich Zunge!

Wilhelm Busch

Der Arbeitstag der Jugend.

Auch das nachfolgende Material ist nach den Erhebungen des Reichsausschusses zusammengestellt.

Der Weg des Jugendlichen besteht aus Schlaf, Waschen und Essen, Weg zur Arbeit, Arbeit, Berufsschule. Dazu kommt in der Regel Mehrarbeit, Ueberstunden und Aufräumungsarbeiten. Wir erstreben, daß die letzten drei Belastungen des Jugendlichen beschränkt werden. Bei der heutigen Tageinteilung des Jugendlichen fehlen zumeist Arbeitspausen und Freizeit.

Wie es heute noch aussieht, darüber befragte eine Zusammenstellung aus befragten Jugendlichen in Groß-, Mittel- und Kleinstädten. Bei diesen Erhebungen wurde die Landwirtschaft nicht mit einbezogen und sie beschränkte sich auf Handwerk, Industrie und Handel. In zwei Großstädten wurde folgender Arbeitstag für Jugendliche ermittelt:

20 Minuten	Weg zur Arbeit
9 Stunden	Arbeitstag
55 Minuten	Ueberstunden
20 Minuten	Aufräumungsarbeiten
Zusammen	10 Stunden 30 Minuten.

Das zu tun ist noch:

1 Stunde 15 Minuten Arbeitspausen, 15 Minuten Berufsschule.

Unter solchen Umständen kann natürlich von einem Achtstundentag nicht die Rede sein. Zu beachten ist, daß nach diesen Berechnungen in den Großstädten der längste Arbeitstag ist, obwohl gerade die arbeitende Großstadtyugend die Freizeit zum Luftschoppen am nötigsten hat. In zwei mittleren Städten betrug nach der gleichen Berechnung der Arbeitstag 9 Std. 45 Minuten. Das ist noch sehr reichlich viel, ist aber immerhin am Tage um drei Viertelstunden geringer als in den Großstädten. In Kleinstädten betrug der Arbeitstag dagegen 9 Stunden 5 Minuten. Hierzu ist natürlich eine Erklärung nötig, denn niemand wird glauben, daß der Arbeitstag in mittleren und kleinen Städten tatsächlich um soviel geringer ist. Dieses Weniger setzt sich zusammen aus einem in der Regel weit kürzeren Arbeitsweg, weniger Schule und weniger Aufräumungsarbeit. Dagegen in den Landgemeinden übersteigt der Arbeitstag sogar noch den der Großstadt, und zwar beträgt er 10 Stunden 10 Minuten, dabei gelten die Einwände von kleinen und mittleren Städten in bezug auf das Weniger am Arbeitsweg, Schule usw. in noch höherem Maße, hier macht der Einfluß der Landwirtschaft, die selbst bei den Erhebungen nicht erfaßt wurde, sich verhängnisvoll bemerkbar.

Es bleibt noch viel zu kämpfen bis zur Erringung des Achtstundentages, von einem sieben- oder sogar sechsstündigen Arbeitstag für Jugendliche ganz zu schweigen.

So ist es recht!

Vor dem Gewerbegericht in Summersbach (Rheinland) klagte der Heizer F. auf Zahlung der tariflichen Zuschläge. F. war 13 Monate bei der Firma beschäftigt, erst nach seiner Entlassung erfuhr er von seinen Arbeitskollegen, daß nicht tariflich entlohnt worden sei. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes als Vertreter der Firma berief sich darauf, daß der Tarifvertrag nur Gültigkeit hat für Mitglieder der beteiligten Organisationen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Kläger organisiert sei, antwortete F. mit Nein, worauf die Klage abgewiesen wurde.

Seit der Jugendwerbwoche im April d. J. haben wir

476 Neuaufnahmen

für den Verband gemacht. Demnach findet erneut eine Jugendleiterkonferenz anlässlich unserer Herbst- und Winterarbeit statt. Unsere Jungkameraden sind gemeinsam mit den älteren Kameraden eifrig und tatkräftig um die Stärkung des Bundes bemüht.

(Aus einem Bericht der Geschäftsstelle Hamm i. Westf.)

Aus dem Kreise der Kameraden. Unsere Toten.

Zahlstelle Duerrenburg. Am 25. August starb unser langjähriges Mitglied **Waldemar Ritter**. Seit 1905 war er Mitglied des Verbandes. Lange Jahre war er Funktionär unserer Zahlstelle und war immer bereit, Arbeit zu leisten für die Organisation. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Zahlstelle Münst. Am 29. August kam in der Morgenschicht auf Zeche Werne III unser Kamerad **Franz Kruse** dadurch zu Tode, daß er eine Wettertüre dem fahrenden Kohlenzug öffnen wollte. Dabei wurde er von der Maschine erfasst und totgedrückt. Wir werden sein Andenken in Ehren halten! Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Dortmund I. Am 20. August verschied nach langer Krankheit unser treuer Kamerad **Albert Mandel**. Er gehörte seit dem 20. Januar 1913 dem Verbands an und war bis 1925 Mitglied der Zahlstelle Dortmund I. Dort war er als Vorkämpfer und auch als Vertrauensmann tätig. Seit 1925 gehörte er der Zahlstelle Dortmund I an, zuletzt als Vorkämpfer. Von diesem Kameraden können wir sagen: er tat seine Pflicht bis zum Tode! Wir verlieren in ihm einen eifrigen und pflichttreuen Kameraden. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten! Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Petersdorf. Am 17. August verstarb infolge eines schweren Unfalls unser langjähriges Mitglied und Funktionär unserer Zahlstelle, Kamerad **Josef Megota**. Für seine treuen Dienste in der Zahlstelle rufen wir ihm ein „Dabe Dank!“ und „Ruhe in Frieden!“ in die ruhe nach. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Camb. Bergmannslos. Durch zu frühes Vorgehen eines Schusses bei den Schachtarbeiten auf der Schiefergrube Ludwig verunglückten die Kameraden **Adam Mosler** und **Edo Göttert**. Während Mosler mit leichten Verletzungen davonkam, mußte Göttert schwer verletzt ins Brüderhaus Koblenz übergeführt werden.

Oberbergamtsbezirk Bonn. 1 Prozent Lohnerhöhung!

Steigerung der Lebenshaltungskosten 10 Proz., Lohnerhöhung 1 Proz., das ist die Schlichtungswelt des Schlichtungsausschusses in Koblenz!

Am 4. Juli fällte der Schlichtungsausschuss in Koblenz gegen die Weis- und Silbergrube Gute Hoffnung bei St. Goar einen Schiedspruch, nach dem die Löhne um etwa 1 Prozent erhöht werden sollten. Die bisherige Arbeitszeit, 8 1/2 stündige Schicht für die Untertagearbeiter und 10 stündige über Tage, sollte bis zum 31. Mai 1928 bestehen bleiben. Für die zehnte Stunde sollte den Untertagearbeitern 12,5 Prozent Zuschlag gezahlt werden. Dieser Schiedspruch wurde von der Belegschaft abgelehnt, von der Grubenverwaltung angenommen und Verbindlichkeitsklärung beantragt. Zur Verbindlichkeitsklärung sind die Vertreter der Grube nicht erschienen und deshalb wurde die Sache nochmals zur Verhandlung an den Schlichtungsausschuss in Koblenz überwiesen. Am 27. August fand eine erneute Verhandlung statt. Die Belegschaft, vertreten durch den Bergarbeiterverband, forderte infolge der sehr geringen Löhne, die auf dieser Grube gezahlt werden (4,90 Mk. für Zimmerhauer und Hauer, 5 Mk. für Handwerker), eine Lohnerhöhung von 15 Prozent und Verkürzung der Arbeitszeit (von Januar bis Ende Juli von 140 auf 150 nach der Reichszahl) begründet. Außerdem wurde auf die erheblichen Lohnunterschiede zwischen den Löhnen des Stollberger Konzerns und den Löhnen der Grube Gute Hoffnung hingewiesen. Die Vergrößerung der Lohnunterschiede kann auf die Dauer von der Belegschaft der Grube Gute Hoffnung nicht hingenommen werden. Die Vertreter der Grube behaupteten, daß die Grube dauernd mit Zubehörsarbeit und nicht in der Lage ist, weitere Lohnerhöhungen zuzugestehen. Bei einer Lohnerhöhung müßten Arbeiter entlassen werden. Auf die Frage, woher die Grube denn die Zuschüsse nimmt, da sie seit Jahren angeblich mit Zuschüssen arbeiten soll, wußten die Vertreter keine Antwort zu geben. Weiter machte der Vertreter des Verbandes geltend, daß von einer Entlassung der Arbeiter keine Rede sein kann, da die Metallergruben infolge der geringen Löhne und sonstiger ungünstiger Arbeits-

bedingungen großen Arbeitermangel haben. Von der Grube Gute Hoffnung ist rund ein Drittel der früheren Belegschaft in den letzten Monaten abgehert, und wenn die Lohnverhältnisse so weiter bleiben, dann braucht die Grube keine Arbeiter zu entlassen, da die besten Arbeitskräfte ohnehin laufen gehen.

Es gibt wohl wenig Verhandlungen, wo die Behauptungen der Vertreter so gründlich an Ort und Stelle widerlegt werden, wie in dieser Verhandlung, und trotzdem fällt der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch, der eine Lohnerhöhung von nicht ganz 1 Prozent vorsieht. Die bisherige Arbeitszeit soll bis zum 31. Mai 1928 in Kraft bleiben. Für die Lebertagearbeiter soll für die neunte Arbeitsstunde 12,5 und für die zehnte Arbeitsstunde 17,5 Prozent Zuschlag gezahlt werden.

Mit diesem Schiedspruch hat der Schlichtungsausschuss Koblenz den Arbeitern gezeigt, daß sie sich auf ihn nicht allzuviel verlassen sollen, sondern durch gute Organisation die Grube zwingen müssen, andere Löhne zu zahlen wie bisher. Es gab schon einmal eine Zeit, wo die Grube höhere Löhne zahlte, als die Grube des Stollberger Konzerns, da war aber die Belegschaft restlos organisiert. Seit der Zeit, wo die Belegschaft eine restlose Organisation nicht mehr notwendig hatte, fiel dieser Zeit glaubt die Grube mit ihren Löhnen weit unter den den benachbarten Gruben bleiben zu können. Die Belegschaft soll sich einmal aufraffen und Herrn Direktor Schmidt ganz deutlich sagen, daß die bisherige Lohnpolitik nicht so weiter gehen kann. Das kann sie aber nur mit starker Organisation!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Proletarierlos.

Die unglaubliche Tatsache, daß zwangspensionierte Bergleute auch zwangsweise aus ihrer Heimat abgehoben werden können, zeigt ein Spruch des Kreisamtes in Quersdorf, verhandelt in Hofleben im August des Jahres 1927.

Als vor mehr als Jahresfrist Massenentlassungen auf dem hiesigen Kohlfeld vorgenommen wurden, wurden vor allen Dingen die pensionfähigen und alten, zur Invaldität reifen Bergleute entlassen. Ein großer Teil davon waren nicht glückliche Hausbesitzer und wohnten in Werkwohnungen. Seit dieser Zeit drängt die Grubenverwaltung auf Räumung der Werkwohnungen und hat sich zu diesem Zwecke drei Luftpoker herangezogen und sie auf Räumung verlagert. Das Amtsgericht Quersdorf sowie das Landgericht Naumburg verurteilten die Bergleute auch zur Räumung der Wohnung gegen Vereitelung einer anderen Wohnung. Anders konnte das Urteil nach den bestehenden Gesetzen auch nicht lauten. Die Gewerkschaft Hofleben stellt nun Wohnungen zur Verfügung, aber nicht etwa in Hofleben, sondern in dem über zwei Stunden entfernt liegenden kleinen Dorfe Wangen bei Mebra. Das nun angerufenen Kreisamtes in Quersdorf hat sich entschieden, daß die Bergleute nach Wangen ziehen müssen, Bergleute, die 20 und mehr Jahre für den Profit der Grubenbarone ihre Knochen und Gesundheit gelassen haben. Aber gemacht! Für die Herren, die dieses angezettelt haben, schlägt auch die Stunde. Kameraden, aber auch über euch, die ihr in Werkwohnungen wohnt, hängt das Damoklesschwert des Abgeschobenen. Denkt nicht, daß es bei den dreien bleibt. Man wird gegen die anderen, die noch in Werkwohnungen wohnen, ebenso vorgehen. Darum, Kameraden, hinein in den Verband, schickt Abgeordnete in den Reichstag, die sorgen werden, daß das Mieternrecht beseitigt wird. Nur so sind Abwehrmaßnahmen möglich.

Knappschafftsältesten-Kommission Bochum.

Am Sonntag, den 18. September, morgens 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn Emil C. u. a. in Grundstüdtel bei Volmarstein (10 Minuten vom Knappschaffts-Genesungsheim Volmarstein), die dritte Quartalsversammlung statt. Nach Beendigung der Sitzung findet die gemeinschaftliche Besichtigung des Knappschaffts-Genesungsheims in Volmarstein statt. Die Kameraden von Waime und Umgegend fahren mit dem Zug 7.55 Uhr ab Waime bis Wetter und von Bochum-Präsident ab 8.16 Uhr bis Wetter. Die Kameraden von Dahlhausen und Sattingen können bis Oberwengern fahren. Bei gutem Wetter Frauen mitbringen! Zahlreiche Beteiligung erwünscht! Der Vorstand. J. A.: Geling.

Vom Bucherisch

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 mit einer Einführung von Geh. Regierungsrat Dr. C. Weigert, Ministerialdirigenten im Reichsarbeitsministerium, und einem alphabetischen Sachregister. (Wücherei des Arbeitsrechts, Neue Folge, Band 5.) 1927. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW. 61. Preis in Ganzleinen geb. 3 Mk.

Die Einführung von dem als erste Sachautorität bekannten Geh. Regierungsrat Dr. C. Weigert im Reichsarbeitsministerium sowie das ausführliche Sachregister machen diese authentische Ausgabe für den praktischen Gebrauch ganz besonders geeignet und empfehlenswert.

Lebenskunst, Heilkunst. Ein ärztlicher Ratgeber für Gesunde und Kranke. Von Professor Dr. Schönbberger und W. Siebert. 15 farbige, 20 schwarze Tafeln. 183 Abbildungen. 1011 Seiten. Zwei Bände. Preis 16 Mk.

Dies Werk, von zwei Altmeistern der Naturheilkunde verfaßt und in der letzten Auflage auf den neuesten Stand wissenschaftlicher Erfahrungen gebracht, ist das Standardwerk naturgemäßer Lebens- und Heilweise. Es müßte seinem Wert nach eine Reihe ähnlicher Werke verdrängen. Es gehört in jedes Haus, in dem man sich für naturgemäße Lebens- und Heilweise interessiert. Bau und Funktionen des menschlichen Körpers werden leicht verständlich geschildert. Die Rat schläge zur Gesunderhaltung, zur Verhütung und zur ersten Behandlung von Krankheiten entsprechen jahrzehntelanger Erfahrung der Verfasser. Wer auf diesem Gebiete Laie ist, kann sich keine Vorstellung davon machen, wie segensreich die Kenntnisse der Natur sich auswirken, wenn sie wirklich beachtet werden. Die Wirkung von Luft- und Sonnenbädern, Einpackungen, Wickeln usw. Manche Krankheit, insbesondere der Kinder, kann dadurch im Keime erstickt werden. Aber man muß die Wirkungen dieser Lebens- und Heilweise kennen, um Fehler zu vermeiden. Es gibt wohl keine Ausgabe, die sich im Arbeiterhaushalt mehr lohnt, als die für dieses Buch. Dieses ist direkt vom Verlag Lebens- u. Heilkunst, Berlin SW. 61, Tempelhofer Ufer 22 oder durch H. Hausmann & Co., Bochum, Biemelhauser Str. 3-12, zu beziehen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 37. Woche (vom 1. bis 10. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Bücherrevision.
Kirchliche. Vom 1. bis 15. September.

Kranzspende.
Kirchliche. Im Monat September muß jedes Mitglied eine Kranzspendemarke liefern.

Schluß des redaktionellen Teils.

Wenn die Nachbarin staunt

daß Ihnen Ihr Kuchen immer gut gerät, so erzählen Sie ihr, daß Sie nur mit **Dr. Oetker's Backpulver, Backda!** nach den schönen Oetker-Rezepten backen. Solch guter Rat wird sich belohnen. Zahlreiche neue Anregungen zum Backen bietet Ihnen das neue farbig illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F. — Sie lesen darin auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. Das Buch ist für 15 Pfg. in allen einschlägigen Geschäften erhältlich, wenn vergriffen, gegen Einsendung von Marken von **Dr. August Oetker, Bielefeld.**

Natürlich! Nicht nur Suppen, sondern auch Gemüse, Salate und Soßen erhalten kräftigen Wohlgeschmack durch **MAGGI-Würze**

Schiff?
Wer will auf's Meer?
Schreiben Sie um Auskunft und Stat. unter A. K. an „Ala“ Haasenstejn & Vogler, Hamburg. (Küstenposten beifügen.)

Betten
Jederzeit getreift. Inlet, 1 1/2 fahrig, gr. Oberbett, Unterbett, 1 Kissen mit 14 Pfd. gr. Fed. gef. zu 21. 35.—, Tafelbe mit 2 Kissen mit 16 Pfd. best. gr. Fed. gef. zusammen 21. 65.—.

Bettfedern
gr. per Pfd. 2. 00, hell 1.50, gr. Halbdaunen 3.25, o. Federn 4.50, feiner w. Wollentopf 6.35, gr. Daunen 8.50.

Wacholderbeersaft
von Walther tut wohl in jedem Alter. Seit. Sturmerkrankungen mit 1/2 Lg. Dgl. od. 12 St. 2. 6. - Laborat. C. W. Albert, Halle-Neustadt.

Zucht- und Legebühner
u. alle von der Südtie besch. Geflügelhof in Mergentheim K. L. Katalog umsonst.

Umfont
jede ist die 24 Seiten große Zeitschrift über Schwere, Mädel, Entfaltung und Ausgestaltung aller Art zu unerschwinglich billigen Preisen. Schreiben Sie sofort an **Gottfr. Rintelen**, geb. u. Best., Gräfelfing K. 4, bei München.

Alte Wollsachen
werden zu dauerhaften Herren- und Damenkleidern, Stoffen, Loden, Pfaffen, Vlies- und Schlafdecken usw. billigt umgearbeitet in der Werk. Wollwäberei **Carl Rühl, Laubach 38** (Oberhessen). Verlangen Sie Gratismuster.

Billigste und realste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern
wie o. d. Gänse gepulvt mit 200. Dämmen Pfd. 2.50, bessere 3.00, die dopp. ger. 3.50, H. Fed. Halbdaunen 5.—, sehr gute 6.—, 1. Dämmen 6.50, ger. gefüll. Fed. in Dämmen 1.— und 5.—, halbreife 5.75, allereife 7.50, 1/2. Halbdaunen 9.— und 10.50, gr. reelle Halbdaunen per Pfd. geg. Nachh. od. 5 Pfd. portofr. Lieferung.

Rudolf Gielich, Gänsefedernhändler, Neu-Trebbin Nr. 24 (Oderberg).

Die Beziehungen zwischen MANN und WEIB

werden in dem Aufklärungswerk über „Liebes- u. Eheleben“ so natürlich als möglich hingestellt und von ärztlichen Autoritäten in eldenwandsfreier, wahrheitsgetreuer Form besprochen. Für jeden jungen Mann und für jedes junge Mädchen, aber auch für alle Eltern, die aus falscher Scham die geschlechtliche Erziehung ihrer Kinder unterlassen haben, ist dieses neuzeitliche Werk unentbehrlich. Einiges a. d. Inhalt: Die Werbung — Eheschließungen und Krankheiten — Flitterwochen — Die Ehe und das Kind — Kinderlosigkeit — Kränke oder Scheitern? — Entwicklung und Geburt des Menschen. Vielfarbige Abbildungen. — Garantie Rücknahme bei Unzufriedenheit! — Ueber 550 Seiten — 4 Teile zusammen Mark 6.40 portofrei. Bitte Beruf angeben!

Buchversand Gutenberg, Dresden-L. 590

Nähmaschinen 67
39
Bifinger E. m. B. H., Kassel 13.

Goldgeld geräucherte Schweinsköpfe
m. dicker, durchwachs. fleischiger Backe
9 Pfd. Postkoll. M. 4.95
9 „ Schw.-Kleinf. 2.95
30 „ Balnkübel M. 9.60
9 „ erstklass. Dauerware Schinkenplock-Cervelat u. Salamiwurst . . . 14.80

Billiger Käse
9 Pfd. rote Kugeln 4.30
9 „ Tilsiter . . . 7.30
9 „ ein. Schweizer 9.45
9 „ gelbe Braten 4.30
9 „ dän. Edamer 7.60
200 Stück Harzer 3.95 ab Norderf.-Nachnahme

CARL RAMM, Norderf. (Holst.) 86 a. —

HONIG
gar. reiner Bienen-Honig-Schleuderhonig, 1049D, Eimer 19.—, halber 5.75. Kein Kaffee, Kaffee, auf meine Kosten zuges.

Simons sen., Jüchen B 2 (Rhtl.)

Suche Seifenverfäuf.
200 Muster Mk. 2.40, frei Nachh. P. Spilfer, Breslau Sv. 330.

Bienen-Honig
liebere ich Ihnen, welcher auf Reinheit und Güte von der landwirtschaftlichen Untersuchungsstation Bremen, Dr. Weich und Dr. Laband, bestididte Handelschemiker, und den für Honiguntersuchungen bekannten bestididten Handelschemiker Dr. R. Zöfel, Bremen, untersucht ist. Den 10 Pfd. Eimer Mk. 19.70, 5 Pfd.-Eimer Mk. 6.20. Nachh. 30 Pfg. mehr.

Pund sack, a. D.
Hude 4. I. Bildg. In einem Monat 1598 neue Kunden.

Meine Seele singt!
Gedichte von Victor Kalinowski 207 Seiten
Preis 75 Pfg.
zu beziehen durch **H. Hausmann & Co., Bochum.**

Erstklassige Musikinstrumente
zu herabgesetzten Preisen
Umlaufschaffte Katalog gratis.
C. Hugo Meinel, Klingental I. S. 42

Honig
10 Pfund-Beute 9.70 Mk. portofr. 10 Pfund-Beute 11.30 Mk. halbe 5.20 Mk. und 6.70 Mk. feine. Nachh. 30 Pfg. mehr. Garantie Zurücknahme.

Wilhelm Krieger, Kietberg 20 (Wesph.).

Sie hören die ganze Welt
in meinen Radio-Apparaten
Sequente Teilgablung. Preis je Apparat.

Herm. Lembe, Berlin N 233, Simeonstr. 6

Honig
gar. reiner Bienen-Honig-Schleuderhonig, edelste Qualität, unter Kontrolle des Nahrungsmittel-Chemikers Dr. R. Zöfel, Bremen, liefern wir die 10 Pfd.-Dose zu Mk. 10.70, halbe Mk. 6.20. Nachh. 30 Pfg. mehr. Gar. Zurücknahme. Strohpackungen netto 1/2 Pfd. franco bei Vereinfachung von Mk. 1.50. Frau Kellner honigverfäuf., Hemelingen 306.

Kugelmilch
rot, gesunde Ware, ohne Abfall, 2 Pfd. = 9 Pfd. Mk. 4.30 200 feinste Harzer Mk. 4.30, ab hier Nachnahme.

K. Seibold, Norderf. (Holst.) 65 68

Die Beziehungen zwischen MANN und WEIB

werden in dem Aufklärungswerk über „Liebes- u. Eheleben“ so natürlich als möglich hingestellt und von ärztlichen Autoritäten in eldenwandsfreier, wahrheitsgetreuer Form besprochen. Für jeden jungen Mann und für jedes junge Mädchen, aber auch für alle Eltern, die aus falscher Scham die geschlechtliche Erziehung ihrer Kinder unterlassen haben, ist dieses neuzeitliche Werk unentbehrlich. Einiges a. d. Inhalt: Die Werbung — Eheschließungen und Krankheiten — Flitterwochen — Die Ehe und das Kind — Kinderlosigkeit — Kränke oder Scheitern? — Entwicklung und Geburt des Menschen. Vielfarbige Abbildungen. — Garantie Rücknahme bei Unzufriedenheit! — Ueber 550 Seiten — 4 Teile zusammen Mark 6.40 portofrei. Bitte Beruf angeben!

Buchversand Gutenberg, Dresden-L. 590

Hilfe gegen Rheumatismus

und Gicht, Ischias und Podagra bringt auch Ihnen gewiß der seit 30 Jahren bewährte, von den Ärzten empfohlene Dr. Zinsser's Rheumatismus-Thee. Er treibt die überschüssige Harnsäure aus dem Körper und macht ihm widerstandsfähiger gegen kalte, nasse, rauhe und wechselnde Witterung.

Mit Freuden kann ich Ihnen mitteilen, dass Ihr Rheumatismus-Thee mir sehr gut geholfen hat. Ihr Tee wirkt wie ein Wunder. Nach dem ersten Paket verspürte ich schon merkbare Besserung. Lorenz Kart, Maler, Fraureuth b. Werdau.

Solche Anerkennungen erhielten wir allein in den letzten drei Jahren mehr als 19000. Machen auch Sie einen Versuch! Bestellen Sie noch heute ein Probepaket! Sie erhalten dieses, sowie eine Schritt „Was ist und wie hilft man Rheumatismus und Gicht?“ für zusammen **Mk. 1.50** in fast jeder Apotheke, wo nicht, direkt porto- und spesenfrei unter Nachn. von **Dr. Zinsser & Co., G. m. B. Leipzig 483.** 1898 gegründet.

Unsere Garantie: Wir zahlen Ihnen den vollen Betrag zurück, wenn Sie bei Anwendung von Dr. Zinsser's Rheumatismus-Thee keinen Erfolg erzielen!

Hilfe gegen Rheumatismus

und Gicht, Ischias und Podagra bringt auch Ihnen gewiß der seit 30 Jahren bewährte, von den Ärzten empfohlene Dr. Zinsser's Rheumatismus-Thee. Er treibt die überschüssige Harnsäure aus dem Körper und macht ihm widerstandsfähiger gegen kalte, nasse, rauhe und wechselnde Witterung.

Mit Freuden kann ich Ihnen mitteilen, dass Ihr Rheumatismus-Thee mir sehr gut geholfen hat. Ihr Tee wirkt wie ein Wunder. Nach dem ersten Paket verspürte ich schon merkbare Besserung. Lorenz Kart, Maler, Fraureuth b. Werdau.

Solche Anerkennungen erhielten wir allein in den letzten drei Jahren mehr als 19000. Machen auch Sie einen Versuch! Bestellen Sie noch heute ein Probepaket! Sie erhalten dieses, sowie eine Schritt „Was ist und wie hilft man Rheumatismus und Gicht?“ für zusammen **Mk. 1.50** in fast jeder Apotheke, wo nicht, direkt porto- und spesenfrei unter Nachn. von **Dr. Zinsser & Co., G. m. B. Leipzig 483.** 1898 gegründet.

Unsere Garantie: Wir zahlen Ihnen den vollen Betrag zurück, wenn Sie bei Anwendung von Dr. Zinsser's Rheumatismus-Thee keinen Erfolg erzielen!

Kameraden, agitiert für den Verband!

